

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

VERBÄNDE



Thema / Interview:	
Generationengerechte Politik	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt:	
Social Media	

THEMEN DES MONATS

Nutztiere**Ohne Bienen gibt es kein Leben mehr**

Weltweit machen die Bienen negative Schlagzeilen – höchste Zeit, dass etwas geschieht

Seite 2

Gewässerschutz**H₂O braucht keine Medizin**

Sauberes Wasser ist Voraussetzung für eine gesunde Umwelt

Seite 4

Fahrradpolitik**Mit dem Rad zur Verkehrswende**

Der Bund muss durch eine aktive Verkehrspolitik klare Signale für mehr Fahrrad statt Auto setzen

Seite 6

Interview: Energiewende**„Dezentrale Projekte nicht verhindern“**

Der Entwurf für eine EEG-Reform sieht eine Ausbaudeckelung für Windenergie vor – das könnte die Energiewende abwürgen.

Seite 13

Nutztiere

Verschwindet die Biene, gibt es kein Leben mehr

Weltweit machen die Bienen seit Jahren negative Schlagzeilen – höchste Zeit, dass etwas geschieht

Der enorme Pestizideinsatz in der Landwirtschaft ist einer der Hauptgründe für das EU-weite Bienensterben. Allein in Deutschland wurden in den vergangenen Jahren Verluste von Bienenvölkern in Höhe von 25 Prozent und mehr gemeldet. Französische Wissenschaftler hatten 2010 errechnet, dass das Bienensterben weltweit bis zu 200 Milliarden Euro kosten könnte. ■ VON MANFRED HEDERER, DEUTSCHER BERUFS- UND ERWERBSIMKERBUND

Die Biene gibt es seit 140 Millionen Jahren und sie ist der Umweltindikator Nummer eins. Aber durch die moderne Landwirtschaft droht ihr in nächster Zeit der Garaus. Denn von den umweltschädlichen Entscheidungen in der Landwirtschaft sind auch die Bienen, Insekten und andere Lebewesen betroffen. Blickt man hinter die Kulissen des Überlebenskampfes von Bienen und Imkern, findet man brutalen Kommerz, gelenkte Behörden und verfilzte Politik. Nach wie vor führt die Todesspur der Bienen ins Kanzleramt und weiter nach Brüssel zur EU-Kommission. Dabei gibt es kreative Lösungen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sie nur fordern und danach leben. Schuld am Bienensterben und dem Schwund an Imkern sind keinesfalls die Landwirte – es sind die Vorgaben der Agrarpolitik. Diese bestimmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und des Strukturwandels den Handlungsspielraum der Landwirte. Die Zukunft der Imkerei ist daher eng verbunden mit der Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe.

Bienenvölker haben einen enormen Flugradius

Nach Rind und Schwein ist die Biene das dritt wichtigste Nutztier in Deutschland. Von ihrer Bestäubung sind 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzpflanzen abhängig. Das Bundeslandwirtschaftsministerium schätzt ihren wirtschaftlichen Nutzen daher auf etwa vier Milliarden Euro jährlich. Bienen werden nicht im Stall oder einer ausgestalteten Kleinvoliere gehalten. Der Flugradius eines Bienenvolkes liegt bei drei bis fünf Kilometern und das er-

gibt eine beflogene Fläche von 27 bis 72 Quadratkilometern. *(Zum Vergleich: Die Nordseeinsel Borkum hat eine Fläche von mehr als 30 Quadratkilometern; die Red.)*

Honigbienen sind ein Superorganismus, der auf hochintelligentes Verhalten für sein Überleben angewiesen ist. Dazu gehören die Orientierung in der Landschaft mit komplexen Entscheidungsprozessen ebenso wie die Kommunikation über die Nahrungsquellen (Schwänzeltanz). Bienen handeln durch selbst motiviertes Verhalten, nicht nach Befehl und Gehorsam. Auch die Regulierung der Bruttemperatur sowie ein kollektives Immunsystem (Hygiene im Bienenstock gegen überall verbreitete Krankheitserreger) belegen die Intelligenz der Tiere.

Bienen befliegen Kulturen, wenn diese Nektar, Honigtau, Blütenpollen, Harz oder Wasser liefern. Die Imker können ihre Produktionsbedingungen nicht kontrollieren. Was in der Kulturlandschaft passiert, hat Auswirkungen auf die Bienengesundheit, die Qualität und Vermarktbarkeit der Bienenprodukte, die Wirtschaftlichkeit der Imkerei und die Zahl der Bienenvölker in der Umwelt (Bestäubung).

Von der Politik ist in dieser Hinsicht aber nicht viel zu erwarten. So betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits 2005 vor ihrer ersten Amtszeit, dass Deutschland ein Chemiestandort sei. „Und wir müssen es schaffen, gentechnisch veränderte, nachwachsende Rohstoffe nicht zum Konsum, zum Essen, sondern für die chemischen Reaktionen herzustellen. Die Bedingungen sind jetzt schlechter als in allen anderen europäischen Ländern. Und deshalb wird Deutschland sich auf diesem Gebiet nicht weiterentwickeln, deshalb

werden wir das auch ändern. Das ist von der BASF bis zu anderen Chemieunternehmen eine ganz wichtige Sache.“

Des Weiteren schränken unnötige Belastungen und Behinderungen von Berufsgenossenschaft, Finanzamt, Veterinärbehörden und Landratsämtern die Imker ein. Beispielsweise ist das Halten von Bienenvölkern über 25 Stück durch Auflagen erschwert. Zudem behindert das Sonntagsverbot für Imker massiv die Entwicklung der deutschen Imkerei. Das Bundesverkehrsministerium will daran nichts ändern. Außerdem rufen die meisten Bundesländer seit 1997 die EU-Fördermittel für die praktizierenden Imker nicht ab.

Bienen sind anfällig für Nervengifte und genmanipulierte Pollen

Das Ausmaß der Bienenschädigung ist seit dem Jahr 2000 noch schlimmer geworden. Dazu tragen vor allem die Agrotechnik bei sowie die vermehrte Anwendung von Spritzmitteln in die Blüte, die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft, die mit Monokulturen ohne Fruchtwechsel einhergeht. Das Verschwinden von Brachflächen und ein erheblicher Rückgang von Blütenpflanzen übers Jahr tun ein Übriges. Daher fordern die deutschen Imker ein sofortiges Umdenken in der Landwirtschaft.

Auch eine Bienenweidepflanze kann zum Problem werden. Das industrielle Anbausystem lässt sich nur durch massiven Pflanzenschutzmitteleinsatz aufrecht erhalten. Jede Insektizidgeneration ist toxischer für Bienen als die vorhergehende. Es gibt keine Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Der Entwurf für einen nationalen Aktionsplan ist Augen-

wischerei. Daher prangern die deutschen Imker seit vielen Jahren unermüdlich unzureichende Zulassungsmethoden für Pflanzenschutzmittel und damit einhergehende Schäden an den Bienen an. Insbesondere nachdem die neue Generation von systemisch wirkenden Insektiziden, die sogenannten Neonicotinoide, auf den Markt gekommen sind, hat sich die Situation verschärft. Dies gipfelte in dem bisher beispiellosen Bienensterben in Baden und Bayern im Jahr 2008.

Mobile Bienenstöcke bestäuben Obstplantagen

Zurzeit ist aufgrund verschiedener Einflüsse die Mobilität der Imker und ihrer Bienenvölker stärker gefragt. Durch den starken Rückgang der Anzahl von Imkern und teilweise von Bienenvölkern ist vielerorts die notwendige flächendeckende Bestäubung nicht mehr gegeben. Ganze Ortschaften und Regionen sind ohne Bienen und die dort lebenden Menschen beklagen mittlerweile die ungenügende Bestäubung ihrer Obst- und Gemüsegärten.

Der Wert eines Bienenvolkes für die Bestäubung im neuzeitlichen Obst- und Gartenbau wird dadurch erhöht, dass es mittlerweile von vielen Imkern in mobilen Beuten gehalten wird. Die moderne Imkerei nutzt die Vorteile dieser Behausung von Bienen, bestehend aus Holz oder Kunststoff. Ein Bienenvolk wird je nach Stärke in einer beziehungsweise mehreren Zargen gehalten. Das Bienenvolk kann mit dieser modernen Magazinbeute verstellt werden. Dazu wird abends nach Einstellung des Bienenfluges das Flugloch bienendicht verschlossen. Im Deckel oder Boden wird ein Lüftungsgitter geöffnet, damit das Volk während eines Transports gut versorgt ist.

Durch diese erhöhte Mobilität lassen sich nun die Bienenvölker gezielt als Bestäuber einsetzen. Eine Obstplantage, die in Blüte steht, große Rapsschläge oder Sonnenblumenfelder, die Heideblüte, aber auch große Saatgutflächen sind entsprechende Einsatzgebiete. Dort sind die Imker mit ihren Bienen willkommen. Diese Kulturen geben Hunderten oder sogar Tausen-

den von Bienenvölkern Arbeit zum Sammeln und Bestäuben. Landwirte profitieren von gesteigerten Ernten.

Imker haben eine besondere Verantwortung. Aber auch die Allgemeinheit, der Staat, das Land, die Bezirke, die Landkreise und die Gemeinden haben umgekehrt eine entsprechende Verantwortung gegenüber Imkern und der Bienenzucht. Sie liegt in der Bedeutung der Biene als ökologisches Mitglied im Naturhaushalt begründet. Der Staat kann und darf die Imkerei nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Noch immer werden Imker in der Landwirtschaftsverwaltung, in den Ministerien, von höheren Staatsdienern und auch von Politikern allzu oft in den allgemeinen Topf der Kleintierhaltung gesteckt. In einen Topf, in den sie nicht hingehören. Gesellschaft und Staat müssen begreifen, welche enorme Bedeutung eine intakte Imkerei für ihre Ökologie darstellt.

Es können noch so viele Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden – wenn nicht gleichzeitig dafür Sorge getragen wird, dass in diesen Gebieten auch Bienen fliegen, damit sich die Artenvielfalt entwickeln kann, lässt sich das Bienensterben nicht aufhalten. Leider gibt es immer wieder Forderungen, Bienenvölker aus Landschafts- und Naturschutzgebieten zu entfernen. Dieses Geschöpf wird aber unverzichtbar in der Natur gebraucht.

Trübe Aussichten für die deutsche Imkerei

Sympathien und Anerkennung der Bienen und Imker sind in unserem Land hoch. Die Zahl an neuen Imkern ist derzeit auf höchstem Niveau. Leider wollen die Beginner nur ein bis drei Bienenvölker halten. Die Zahl der Bienenvölker hat sich aber von einst vier Millionen auf maximal 700.000 Bienenvölker reduziert. Nach offiziellen Angaben liegt die Zahl der Imker bei circa 85.000. Doch 90 Prozent der Imker halten eins bis fünf Bienenvölker. Bis zu 40 Prozent der Imker in den Vereinen haben keine Bienenvölker mehr in Betrieb. Die Zunft der Imker ist überaltert. So sind fast zwei Drittel der Imker älter als 60 Jahre, 80 Prozent über 50 Jahre. Viele alte deutsche Imker resignieren. Der klei-

ne Bereich der Erwerbs- und Berufsimkerei hält über die Hälfte der Bienen und produziert fast 60 Prozent des deutschen Honigs. Die deutschen Imker haben nur noch 20 Prozent Marktanteil beim Honig. 80 Prozent des Honigs in Deutschland werden importiert. Das sind mindestens 90.000 Tonnen Honig im Jahr, die von irgendwo kommen.

Positiv zu sehen ist der riesige offene Markt für deutschen Honig. Die Nachfrage nach regionalem Honig oder biozertifiziertem Honig – oder gar die Kombination von beidem – erfreut sich großer Nachfrage. Außerdem bleiben dem Imker ja noch weitere Produkte aus dem Bienenstock für die Vermarktung übrig. Durch den wiederentdeckten Zweig der Apitherapie, also der medizinischen Nutzung von Produkten aus dem Bienenstock, zum Beispiel Propolis, steigt die Nachfrage nach Bienenerzeugnissen aus der alten Volksmedizin.

Doch die Imker geben nicht auf. Das Motto der Erwerbs- und Berufsimker ist und bleibt: Bienen halten ja, Mund halten nein. Durch die über Jahre gelungene Kooperation mit Verbänden aus dem ökologischen Landbau und aus dem Umweltschutz ist ein großes Netzwerk mit Millionen Mitgliedern entstanden. Den Willen zur Zusammenarbeit sieht man bei zahlreichen Veranstaltungen, nicht zuletzt auf großen Demonstrationen – wie zum Beispiel jedes Jahr im Januar in Berlin auf der Agrardemonstration.

Manfred Hederer ist seit 2004 Präsident des Deutschen Berufs- und Erwerbsimkerbunds (DBIB), der Standesvertretung der erwerbsorientierten Imkerei. Der Einsatz für Bienen ist gleichermaßen Beruf und Berufung für ihn.

Kontakt:
Tel. +49 (0) 88 06 / 924509,
E-Mail: manfred.hederer@
berufsimker.de,
www.berufsimker.de



Gewässerschutz

H₂O braucht keine Medizin

Sauberes Wasser ist Voraussetzung für eine gesunde Umwelt

Tonnenweise Arzneimittel erhalten Menschen und Tiere jedes Jahr in Deutschland. Rückstände dieser Präparate gelangen in Flüsse, Seen und das Grundwasser – mit erheblichen Folgen für Natur und Umwelt. Der Zustand des Wassers wird unter anderem anhand sogenannter prioritärer Stoffe – vor allem Chemikalien, Biozide und Pestizide – überwacht. Bis Herbst will die EU entscheiden, ob weitere Stoffe in diese Liste aufgenommen werden. ■ VON SUSAN HAFFMANS, PAN GERMANY

„Wasser ist [...] ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss“ heißt es in der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie⁽¹⁾, deren Ziel die Erhaltung und die Verbesserung der aquatischen Umwelt ist. Ob Verbauung, Verschmutzung durch Nährstoffe und Pestizide oder andere Schadstoffe – aquatische Ökosysteme sind vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Ein zunehmendes Problem ist die Belastung von Oberflächengewässern und des Grundwassers mit Arzneimitteln. Ein aktives Gegensteuern ist bislang nicht zu erkennen.

Rund 30.000 Tonnen Humanarzneistoffe werden jährlich in Deutschland verabreicht, Tendenz steigend. Darunter sind rund 130 Arzneimittelwirkstoffe mit einem Gesamtverbrauch von über 7.000 Tonnen pro Jahr, denen eine potenzielle Umweltrelevanz zugeschrieben wird. Zum bundesweiten Verbrauch von Veterinärpharmaka liegen bislang fast ausschließlich Schätzungen vor. Pharmazeutische Unternehmen und Großhändler sind erst seit 2010 gesetzlich verpflichtet, zumindest zu melden, wie viel und welche Antibiotika sie an Tierärzte abgeben. Im Jahr 2012 waren dies in Deutschland 1.619 Tonnen. Europaweit gehört Deutschland damit zu den Spitzenreitern, was kein gutes Licht auf die Tiergesundheit und die Haltungsbedingungen wirft. Bisherige Schätzungen gingen von erheblich geringeren Mengen aus. Für 2005 wurde noch eine Menge von „nur“ 784 Tonnen errechnet. Dies lässt zumindest vermuten, dass womöglich auch andere Arzneimittel in größeren Mengen als bislang angenommen angewendet werden. Dass Human- und Tierarzneimittel in Gewässer fließen, gilt als „ungewollter

Nebeneffekt ihrer therapeutischen Anwendung“. Arzneistoffe werden auf Stabilität optimiert, damit ihre Wirksamkeit am Krankheitsort während der Behandlung sichergestellt ist. Ein frühzeitiger Abbau im Körper wäre unerwünscht. Somit gelangt ein Großteil der Arzneimittelwirkstoffe unverändert über die Ausscheidungen der Menschen und Tiere in die Umwelt.

Wie kommen Medikamente ins Wasser?

Humanarzneimittel landen über den Pfad Kanalisation, Kläranlage in Gewässern. Tierarzneimittel geraten über die Ausbringung belasteter Wirtschaftsdünger aus der Intensivtierhaltung auf landwirtschaftliche Flächen in Böden und Gewässer. Zusätzlich werden Gewässer durch die unzulässige „Entsorgung“ von Medikamenten über die Toilette belastet, über Einträge aus Klärschlamm und Reststoffe aus Biogasanlagen oder über Leckagen in Kanalisationen. So gelangen Antibiotika, Desinfektionsmittel, Antiepileptika, Röntgenkontrastmittel, Lipidsenker, Rheumamittel, Schmerzmittel, Zytostatika, Betablocker und hormonell wirksame Stoffe in die aquatische Umwelt. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen ermittelte, dass an rund 35 Prozent aller Kläranlageneinleitstellen in Gewässer die sogenannten wirkungsbasierten Qualitätskriterien, also die Konzentration, oberhalb derer nachteilige Wirkungen auf Wasserorganismen zu befürchten sind, für die Arzneimittelwirkstoffe Carbamazepin, Clarithromycin, Sulfamethoxazol und Diclofenac überschritten werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat diese Daten sowie weitere Untersuchungsergebnisse

zur Umsetzung des Gewässerschutzes im Wasserinformationssystem ELWAS Web öffentlich gemacht. Das Fazit aus den aktuellen Funden ist eindeutig: Wenn keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden, wird insbesondere der Eintrag gesetzlich unregelter Mikroschadstoffe, zu denen die Arzneimittel zählen, in einzelnen Gewässerabschnitten es unmöglich machen, die angestrebten Gewässerschutzziele zu erreichen. Eine Übersicht über Maßnahmen für einen besseren Schutz der Umwelt vor Tierarzneimittelbelastungen bietet ein Positionspapier von PAN Germany.⁽²⁾

Kein Grund zur Entwarnung

Die Umweltrelevanz von Arzneimitteln wird derzeit als besorgniserregender eingeschätzt als noch vor einem Jahrzehnt. In ganz Europa findet sich eine Vielzahl an pharmazeutischen Substanzen in Gewässern. Darunter sind zahlreiche ältere Arzneimittel, über deren Umwelverhalten wenig bekannt ist, da zum Zeitpunkt ihrer Zulassung eine Risikoabschätzung beziehungsweise Umweltverträglichkeitsprüfung noch nicht Pflicht war. Allein in deutschen Oberflächengewässern, Sedimenten, im Grundwasser und in Böden konnten mehr als 150 verschiedene Arzneimittelwirkstoffe nachgewiesen werden. Viele dieser Stoffe haben ein hohes Potenzial, Fische und Kleinstlebewesen zu schädigen. Untersuchungen exemplarisch ausgewählter Arzneimittelwirkstoffe zeigen, dass viele Wirkstoffe regelmäßig in Oberflächengewässern in Konzentrationen im Bereich von 0,1 bis 1 Mikrogramm pro Liter vorkommen – vereinzelt auch höher. Dass diese Konzentrationen bereits Effekte auf aquatische Lebewesen

haben, belegen Langzeittests mit Fischen, Süßwasserflöhen und Algen. Antibiotika beispielsweise können das Wachstum von Pflanzen sowie Algen und Cyanobakterien hemmen, Antiparasitika schaden Insekten, Würmern und Krebstieren. Rückstände von hormonell wirksamen Arzneimitteln stören selbst in sehr geringen Konzentrationen die Fortpflanzungsfähigkeit von Fischen und können Amphibien schädigen. Dabei sind Kombinationswirkungen durch Mehrfachbelastungen noch nicht berücksichtigt worden. Untersuchungen zufolge kann die Toxizität von Antibiotikamischungen um das Fünffache über der Summe der Toxizität der Einzelwirkstoffe liegen. Die Hinweise auf die schädigende Wirkung von Einzelsubstanzen und Arzneimittelmischungen auf die aquatische Flora und Fauna und das Wissen darüber, dass auch andere Chemikalien auf die aquatischen Lebensgemeinschaften einwirken, sollten zur Vorsorge verpflichten. Dass sich, bislang vereinzelt und in nur sehr geringen Konzentrationen, auch in Grund- und Trinkwasser Arzneimittel nachweisen lässt, ist ein Alarmsignal.

Ob der in der Wasserrahmenrichtlinie vorgegebene gute chemische Zustand von Gewässern erreicht ist, wird wesentlich anhand von 45 sogenannten prioritären Stoffen überwacht. Dies sind vor allem Industriechemikalien, Biozid- und Pestizidwirkstoffe. Für diese Stoffe hat die EU Grenzwerte festgelegt. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, regelmäßige Messungen durchzuführen, um das Vorkommen dieser Stoffe zu kontrollieren und die Daten zu veröffentlichen. Obgleich zahlreiche Arzneimittel als umweltrelevant identifiziert wurden, gelang es bei der Überarbeitung der Liste der prioritären Stoffe im Jahr 2013 nicht, zumindest drei von ihnen mit aufzunehmen. Die drei Humanarzneimittel (zwei Hormonpräparate und das Schmerzmittel Diclofenac) wurden stattdessen in die neu geschaffene Beobachtungsliste aufgenommen. Die Stoffe auf dieser Liste unterliegen an einer begrenzten Zahl von Stellen der Kontrolle und können, je nach Monitoringergebnis, später in die Liste prioritärer Stoffe aufgenommen werden. Bis spätestens Herbst dieses Jahres entscheidet sich in Brüssel, ob weitere Pharmastoffe in

die Beobachtungsliste aufgenommen werden und dann ab 2015 vier Jahre lang in Flüssen, Seen und Küstengewässern überwacht werden. Zudem wurde die Kommission aufgefordert, eine Strategie zu entwickeln, um den Risiken von Pharmazeutika für die Gewässer besser zu begegnen, etwa im Rahmen des Genehmigungsverfahrens. Doch für die nächsten Jahre bleibt das Problem bestehen, dass es für Arzneimittel in Gewässern keine verbindlichen Grenzwerte gibt und dass Gewässer nicht systematisch auf Arzneimittelrückstände hin überprüft werden müssen. Gewässeruntersuchung auf Rückstände des Gros der eingesetzten Humanarzneimittel und aller Tierarzneimittel bleibt damit regional begrenzt, die bundesweite Belastungssituation aufgrund fehlender Monitoringdaten weiter unklar und in Folge unreguliert.

Monitoringdaten sind wichtig, um das Belastungsproblem darzustellen, doch sie lösen es nicht. Die Ursachen für den immensen Einsatz an Arzneimitteln kann man auch jetzt schon bekämpfen. Dazu ist eine bessere Gesundheitsvorsorge für Mensch und Tier notwendig. Wer Tiere artgerecht hält und füttert, die Mastzeiten verlängert, und bei der Züchtung weniger auf Hochleistung setzt, trägt nicht nur zum Tierwohl, sondern auch zu weniger Arzneimittelbelastung von Natur und Umwelt bei.

Anmerkungen

- ▶ (1) Wasserrahmenrichtlinie: www.kurzlink.de/eu-wrrf-2000
- ▶ (2) Positionspapier: www.kurzlink.de/pan-tierarznei2012

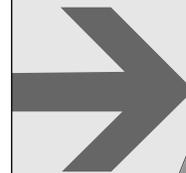
Die Diplom-Agraringenieurin Susan Haffmans ist Projektkoordinatorin beim Pestizid Aktions-Netzwerk PAN Germany. Sie beschäftigt sich hauptsächlich mit den Themengebieten Pestizide, Biodiversität, Landwirtschaft und Tierarzneimittel.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 / 3991910-0,
E-Mail: susan.haffmans@pan-germany.org,
www.pan-germany.org/deu/projekte/tierarzneimittel.html



Nachhaltigkeit

A-Z



Wie Innovation

Um fast zwei Grad werden die Temperaturen in Deutschland bis 2040 steigen. Nur wenn es gelingt zukünftige Klimaveränderungen zu kommunizieren, kann eine rechtzeitige Anpassung gelingen.

»Anpassungskommunikation« kann sehr vielfältig sein – und mit Online-Datenbanken, innovativen Veranstaltungsformaten, Filmen oder spielerischen Vermittlungsformen bis hin zu Kunst- und Kulturprojekten arbeiten.

K. Beese, M. Fekkak, C. Katz, C. Körner, H. Molitor (Hrsg.)
Anpassung an regionale Klimafolgen kommunizieren
Konzepte, Herausforderungen und Perspektiven

520 Seiten, broschiert, 44,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-474-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

Fahrradpolitik

Mit dem Rad zur Verkehrswende

Der Bund muss durch eine aktive Verkehrspolitik klare Signale für mehr Fahrrad statt Auto setzen

Die klima- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung spiegeln sich noch nicht in der Verkehrspolitik wider. Im Gegenteil stiehlt sich der Bund aus seiner verkehrspolitischen Verantwortung. Dabei ist ein Umsatteln aufs Fahrrad nicht nur gut fürs Klima, sondern bietet auch neue Chancen und Potenziale für die Volkswirtschaft. ■ VON WASILIS VON RAUCH, ARNE BEHRENS, ANJA SMETANIN, VERKEHRSLUB DEUTSCHLAND

Will die Bundesregierung ihre Klima- und Energiesparziele erreichen, braucht es neben der Energie auch eine Verkehrswende. Denn der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich sinken nicht. Die jüngst verabschiedeten CO₂-Grenzwerte für Neuwagen in der EU ab 2020 werden nicht ausreichen, um den Trend umzukehren. Nicht zuletzt, weil es die Bundesregierung schaffte, den von der europäischen Politik fertig ausgehandelten Kompromiss weiter aufzuweichen und die Effizienzforderungen für herkömmliche Pkws in der Summe nochmals zu senken.

Auch die Milliardensubventionen für die Autoindustrie in Sachen Elektromobilität bringen nur zweifelhafte Resultate. Die Anzahl der Elektroautos ist gering, die Nachfrage ebenso. Selbst wenn 2020 die erhoffte Zahl von einer Millionen Elektroautos erreicht würde, entspräche dies nur rund zwei Prozent des gesamten Pkw-Bestandes in Deutschland. Das ist nicht ausreichend, um den CO₂-Ausstoß substanziell zu senken. Ohne konsequentes Verlagern von Verkehr auf den Umweltverbund sind weder die Klimaziele zu erreichen noch Probleme wie Verkehrslärm und Luftreinhaltung lösbar. Insbesondere der Radverkehr bietet hier große Potenziale, die es aus Sicht des ökologischen Verkehrsclubs VCD zu heben gilt.

Politische Maßnahmen? Fehlanzeige!

Mit dem Nationalen Radverkehrsplan (NRVP) hat die rot-grüne Bundesregierung 2002 erstmals eine umfassende Grundlage für die Förderung des Radverkehrs erstellt. Im September 2012 beschloss

die schwarz-gelbe Koalition eine aktualisierte Fortschreibung bis 2020. Alle Umwelt- und Fahrradverbände sind sich aber einig: Die fachliche Analyse des NRVP ist gut, die politischen Zielvorgaben sind hingegen zu dünn. Es reicht nicht aus, dass die Bundesregierung den Wunsch äußert, den Radverkehrsanteil bis 2020 auf bescheidene 15 Prozent zu steigern. Was fehlt, sind konkrete Maßnahmen, um die Ziele zu erreichen.

Auch der Koalitionsvertrag der neuen großen Koalition ist in puncto Fahrradpolitik sehr schwach. Forderungen der SPD – etwa die Erhöhung der Bundesmittel für den Bau und Erhalt von Radwegen an Bundesstraßen auf 100 Millionen Euro oder die Anhebung des Radverkehrsanteils auf 20 Prozent bis 2020 – haben nicht den Weg in die Regierungsvereinbarung gefunden.

Bund muss aktiv werden

Zu befürchten ist, dass der Bund auch weiterhin den Ländern die Fahrradpolitik überlässt und sich allein auf eine moderierende Rolle beschränkt. Daraus folgt, dass die Radverkehrsförderung von Kommune zu Kommune je nach Haushaltslage höchst unterschiedlich ausfällt. Vergleichbar ist es auf Länderebene. Immerhin schließen sich inzwischen im ganzen Bundesgebiet Kommunen und Gemeinden nach dem Vorbild der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise NRW (AGFK NRW) in landesweiten Netzwerken zusammen. Sie bekennen sich zum Radverkehr und dessen Förderung – auch in Zeiten klammer Kassen. Das erhöht die Sichtbarkeit des Themas und fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Über die bestehenden vagen Zielvorgaben hinaus muss der Bund sich daher für eine ambitionierte Fahrradpolitik starkmachen. Fünf Schritte sind hierfür notwendig:

► Verantwortung für die bundesweite Radverkehrsinfrastruktur übernehmen

Bisher sieht sich der Bund nur für Radwege an Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen sowie für das sogenannte Radnetz Deutschland mit zwölf nationalen touristischen Radwanderwegen zuständig. Diese drei Teilstücke zusammen ergeben allerdings noch kein sinnvolles nationales Radverkehrsnetz. Auch das neue Gemeinschaftsprojekt von acht Bundesländern und dem Bundesverkehrsministerium VeRa zur Verknüpfung und Harmonisierung von Radroutenplanern ändert daran nichts.

Der Bund müsste in Abstimmung mit den Ländern die nötigen Gelder für Bedarfsanalyse, Schaffung und Erhalt zusätzlicher länderübergreifender Radverkehrsinfrastruktur wie etwa Radschnellwege zur Verfügung stellen. Die Mittel für Radwege an Bundesstraßen und Bundeswasserwegen sollten dabei auf deutlich über 100 Millionen Euro erhöht werden. 100 Millionen Euro reichen zwar für den sukzessiven Neubau von Radwegen, darüber hinaus anfallende Sanierungen lassen sich damit aber nicht bezahlen. Aufgrund des steigenden Radverkehrsaufkommens müssen vielerorts die 19.000 Kilometer bereits bestehender Radwege an Bundesstraßen saniert werden.

► Finanzielle Unterstützung für Länder und Kommunen

Der NRVP 2020 beziffert die benötigten Mittel für die Radverkehrsförderung zu-

sammengenommen für Länder und Kommunen auf 10 bis 25 Euro pro Kopf und Jahr. Bei einem Schnitt von 15 Euro ergibt das einen Bedarf von rund 1,2 Milliarden jährlich. Bei der Finanzierung sollte der Bund die Länder und Kommunen aktiv unterstützen, statt sich auf die rein moderierende Rolle zurückzuziehen. Er könnte zum Beispiel die Förderung bedeutender Radprojekte in Ländern und Kommunen anteilig übernehmen. Eine gute Radverkehrsförderung beeinflusst den Klima- und Umweltschutz, Gesundheitsvorsorge sowie Unfallverhütung direkt und positiv – für all diese Bereiche ist der Bund verantwortlich.

► **Sicherheit stärken, StVO reformieren**

Die Straßenverkehrsordnung (StVO) ist das zentrale Instrument des Bundes, um Verkehrsabläufe zu ordnen. An vielen Stellen ist diese aber überreguliert und veraltet. Beispielsweise haben Kommunen immer noch nicht die Möglichkeit, Tempo 30 als Basisgeschwindigkeit einzuführen. Dabei würde Tempo 30 die Sicherheit der RadfahrerInnen nachweislich erhöhen und sicheres Radfahren ganz ohne teure neue Infrastruktur ermöglichen. Außerdem ist die bestehende Nutzungspflicht für Radwege auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. In aller Regel nutzen die RadfahrerInnen gut angelegte und ausgebaute Radwege. Radwege in schlechtem Zustand sind zwar beschildert und für RadfahrerInnen ausgewiesen, fallen laut StVO aber dennoch nicht unter die Nutzungspflicht. Eine generelle Wahlfreiheit zwischen Fahrbahn und Radweg würde somit ein für allemal Unklarheiten beseitigen. Auch das teilweise angespannte Miteinander im Straßenverkehr gefährdet die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen. Hier sollten bundesweite Imagekampagnen ansetzen. Diese sollten gegenseitige Rücksichtnahme fördern und Regelkenntnisse aller VerkehrsteilnehmerInnen erhöhen. Kampagnen, die einseitig bei den RadfahrerInnen ansetzen und allein das Helmtragen propagieren, sind nicht zielführend.

► **Finanzierung von Forschung und Ausbildung von Fachkräften**

Präzise wissenschaftliche Erkenntnisse über Potenziale des Radverkehrs und den

volkswirtschaftlichen Nutzen der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf den Radweg sind bislang Mangelware. Dass der Radverkehr gerade im Gesundheitswesen volkswirtschaftlichen Nutzen bringt, steht allerdings außer Frage. Auch wenn es um den Erhalt von Verkehrsinfrastruktur geht, ist unstrittig: Mehr Radverkehr verringert Kosten. Der Bund sollte diese Wissenslücken schließen, derartige ökonomische Faktoren intensiver untersuchen, besser beziffern und in die Kosten-Nutzen-Kalkulation von Radverkehrsförderung einbeziehen.

Die durch den NRVP geschaffene Fahrradakademie zeigt bereits in Ansätzen, was eine gezielte Förderung bewirken kann. Die Akademie leistet wertvolle Arbeit bei der Fortbildung von kommunalen Verwaltungskräften. Dennoch gibt es insgesamt noch zu wenige Fachkräfte, die erfolgreiche Radverkehrsförderung auf kommunaler Ebene leisten und dafür auch die entsprechenden Fördermittel beantragen können.

► **Neue Entwicklungen stärken**

Bislang fehlen wissenschaftliche Grundlagen zur Bestimmung des Potenzials von neuen Entwicklungen im Fahrradbereich. Das muss sich schnell ändern. Es bedarf umfassender Analysen, die diese Potenziale untersuchen – besonders wenn Entwicklungen wie etwa im Fall der Elektroäder neue Zielgruppen erschließen oder die Anwendungsbereiche gegenüber herkömmlichen Fahrrädern erweitern – so zum Beispiel durch Lastenräder.

Einzelne begrüßenswerte Projekte, wie das vom Bundesverkehrsministerium geförderte Projekt zur Bestimmung des Potenzials von Lastenrädern im Wirtschaftsverkehr, reichen noch nicht aus. Sinnvoll wären auch langfristig angelegte Förderstrategien, die ähnlich wie im Bereich Elektroautos auch die Fahrzeugentwicklung einschließen. Schließlich liegen hier auch erhebliche wirtschaftliche Wachstumschancen. Der Bund könnte die Trends bei Elektro- und Lastenrädern zudem in der eigenen Beschaffungs- und Vergabepolitik mitgehen. Also Diensträder statt Dienstaautos oder der Einsatz von

Lastenrädern und Lastenradkurieren für Transporte.

Fahrradpolitik ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Auch wenn der Bund eine aktivere Rolle in der Fahrradpolitik übernehmen muss, kann er nicht alle Aufgaben alleine übernehmen. Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure sollten dazu beitragen, die Vorteile des Radfahrens aufzuzeigen. Der VCD nimmt hier bereits seit vielen Jahren eine aktive Rolle ein. So zum Beispiel im Bereich der Förderung von neuen Trends – wie Lastenrad und E-Rad –, bei der Ansprache bestimmter Zielgruppen wie Schülerinnen und Schüler beziehungsweise der Generation 60 plus sowie bei der Vernetzung von Städten zum Zwecke des Wissensaustauschs und zur schnelleren Verbreitung erfolgreicher Fahrradpolitik. Dafür steht beispielhaft die Kampagne „European Biking Cities“ im Rahmen des europäischen Projektes „Clean Air“.

Das zeigt: Fahrradfreundliche Verkehrspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, bei der auf unterschiedlichsten Ebenen angesetzt werden muss. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen, damit das Fahrrad eine Schlüsselrolle für zukunftsfähige Mobilität spielen kann.

Wasilis von Rauch ist Projektmanager der VCD-Projekte „Ich fahr' Lastenrad“, „Besser E-Radkaufen“ und „Biking Cities“.



Arne Behrens ist Projektmanager im Projekt „Ich fahr' Lastenrad“.



Anja Smetanin ist Pressesprecherin des VCD.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 280351-12,
E-Mail: anja.smetanin@
vcd.org,
www.vcd.org/lastenrad,
www.e-radkaufen.vcd.org

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Elektroschrott**Nationale Sammelquoten noch nicht festgelegt**

■ Nur fünf EU-Mitgliedstaaten haben die Novelle zur Richtlinie über Elektroschrott (WEEE) fristgerecht in nationales Recht übertragen. Fünf weitere Länder haben sie zumindest teilweise umgesetzt.

Deutschland gehört zu den 18 Ländern, von denen die EU-Kommission bisher keine Informationen über den Umsetzungsstand erhalten hat. Es gibt mittlerweile einen deutschen Referentenentwurf für die Umsetzung, zu dem Verbände bis zum 31. März Stellung nehmen konnten.

Die Richtlinie, auf die sich Rat und Parlament im Sommer 2012 geeinigt hatten, schreibt für die EU-Mitgliedstaaten eine Mindestsammelquote von 45 Prozent ab dem Jahr 2016 vor. Die Menge der gesammelten Elektro- und Elektronik-Altgeräte soll von 2016 bis 2019 schrittweise ansteigen, es sei denn, die Quote wurde bereits erreicht. [am]

► ec.europa.eu/environment/waste/weee

Vermüllung der Meere**EU soll Industrie in die Pflicht nehmen**

■ Im vergangenen Jahr hatte die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation zum Umgang mit Meeresabfällen geschaltet. Die Ergebnisse der Befragung zeigen eine breite Unterstützung für mehr Produzentenverantwortung.

Die EU-Kommission hatte im Fragebogen angeregt, Abfälle durch optimierte Verpackungen zu reduzieren oder sogar ganz zu vermeiden. Hersteller müssten demnach Verpackungen entwerfen, die problemlos wiederverwertbar und recycelbar sowie besonders materialschonend sind. Diese

Form der Produzentenverantwortung fand bei den TeilnehmerInnen der Konsultation große Zustimmung. Anders sieht es bei einem EU-weiten Reduktionsziel für Meeresmüll aus, das die Befragten mehrheitlich ablehnten.

Politische Maßnahmen müssten vor allem effizient und gut umsetzbar sein sowie das Verursacherprinzip berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund seien lokale oder nationale Abfallreduktionsziele Erfolg versprechender. 60 Prozent der TeilnehmerInnen der Konsultation waren Privatpersonen, nur neun Prozent der eingereichten Antworten kamen von NGOs, Unternehmensverbänden und WissenschaftlerInnen. [dh]

► Konsultationsergebnisse (engl., PDF): ec.europa.eu/environment/consultations/pdf/marine_litter.pdf

Plastiktüten**Verbrauch sinkt, Gefahr bleibt**

■ Abfallrelevanz und Verbrauch von Plastiktüten in Deutschland sind geringer als bisher angenommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Ende Februar veröffentlichte Studie, die die Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) im Auftrag der Industrievereinigung Kunststoffverpackungen (IK), des Handelsverbands Deutschland (HDE) und der Beteiligungs- und Kunststoffverwertungsgesellschaft (BKV) durchgeführt hatte. Demnach betrug der Anteil an Plastiktüten am Siedlungsabfall 2012 nur 0,17 Prozent. Der Verbrauch von Plastikbeuteln ist in Deutschland zwischen 2000 und 2012 um fast elf Prozent gesunken. Dennoch werden jedes Jahr noch immer sechs Milliarden Plastiktüten ausgegeben – weit über die Hälfte davon für die einfache Nutzung.

Vor allem kleine und dünnwandige Plastiktüten, wie zum Beispiel Tüten aus Drogerien oder von Marktständen, können häufig nicht mehrfach genutzt werden und landen einfach im Müll. Anders sieht es bei kostenpflichtigen Tüten aus: 72 Prozent der Deutschen versuchen diese als Müllbeutel

oder Einkaufstasche wiederzuverwenden.

Plastiktüten tragen maßgeblich zur Vermüllung der Meere und zum Verlust der maritimen Artenvielfalt bei. Das Umweltbundesamt (UBA) plädiert deswegen für eine Abgabe auf alle Plastiktüten. Auch die Deutsche Umwelthilfe fordert eine Bezahlpflicht und hat hierzu eine Petition gestartet. Das EU-Parlament hatte im Januar ebenfalls eine Tütensteuer angeregt und sogar gefordert, bestimmte Plastiktüten komplett zu verbieten (umwelt aktuell 03.2014, S. 8). [lh, dh]

► Petition: ssl.duh.de/4414.html
 ► www.kurzlink.de/gvm-plastt0214-pdf
 ► www.kurzlink.de/uba-tuetensteuer0214

Phthalate**Nicht in Kinderspielzeug, aber weiterhin in Kleidung**

■ Die beiden Phthalate DINP und DIBP dürfen auch künftig von der Industrie verwendet werden. Das bestätigte Mitte Februar die Europäische Kommission.

Die Entscheidung basiert auf einem Gutachten der Europäischen Chemikalien Agentur (ECHA). Demnach sollte auch weiterhin nur in der Produktion von Kinderspielzeug auf die hochmolekularen Phthalate verzichtet werden. Erlaubt sind die beiden Chemikalien jedoch nach wie vor in Produkten wie Kleidung, Duschvorhängen, PVC-Böden oder Radiergummies.

Das ist vor allem problematisch, weil Phthalate sehr leicht löslich sind. Durch Abreibung gelangen sie in die Umluft und so auch in den Organismus von Menschen. Auch beim Reinigen von PVC-Böden oder bedruckter Kleidung können sich Phthalate lösen, was zu Verunreinigungen oder sogar zu Verseuchung des Grundwassers und der Böden führen kann.

Die noch giftigeren niedrigmolekularen Phthalate DEHP und DBP sollen bis zum Februar 2015 komplett aus Fabriken verschwinden. Sie sind nicht nur für den Menschen höchst schädlich, sondern

auch für das Ökosystem. Bei Tieren können sie nachweislich die Fortpflanzung beeinträchtigen.

Der europäische Verbund für Weichmacher und Zwischenprodukte zeigte sich mit der Entscheidung zufrieden. Denn dadurch, dass DINP und DIPD weiterhin erlaubt sind, könnte die Industrie auf den Gebrauch von den giftigen, niedermolekularen Phthalaten verzichten. [lh]

► Informationen über Phthalate: www.lfu.bayern.de/umweltwissen/doc/uw_120_phthalate.pdf

Spielzeugrichtlinie

Neue Grenzwerte für gefährliche Chemikalien

■ ExpertInnen der EU-Mitgliedstaaten haben Ende Februar empfohlen, den Einsatz von drei gesundheitsschädlichen Flammenschutzmitteln in Spielzeugen einzuschränken. Außerdem beschlossen die Ländervertreter auf dem Treffen einen neuen Migrationsgrenzwert für Bisphenol A (BPA) und weiteten die bestehenden Ausnahmeregeln für Nickel aus.

Die als Flammenschutzmittel eingesetzte Chemikalie Tris(2-chlorethyl)phosphat (TCEP) sowie die verwandten Stoffe TDCP und TCPP gelten als fortpflanzungsschädigend, erbgutverändernd und krebserregend. Für derartige Stoffe sieht die EU-Spielzeugrichtlinie bis Juli 2015 eine Konzentrationsmenge von maximal 0,5 Prozent des Spielzeuggewichts vor. Danach ist noch eine Konzentration von 0,3 Prozent zugelassen. Zum besseren Gesundheitsschutz wollen die nationalen ExpertInnen die Grenzwerte für TCEP, TDCP und TCPP jetzt noch weiter verschärfen und die zulässigen Werte in Spielzeug auf die Mindestnachweisgrenze von fünf Milligramm pro Kilogramm reduzieren.

Für BPA schlagen die ExpertInnen darüber hinaus einen Migrationswert von 0,1 Milligramm pro Liter vor. Für Nickel, das ebenfalls als fortpflanzungsschädigend, erbgutverändernd und krebserregend

eingestuft und dessen Verwendung bislang in rostfreiem Stahl erlaubt ist, soll es außerdem eine weitere Ausnahme für die Verwendung in der Elektrik von Spielzeugen geben.

Die Empfehlungen der ExpertInnen liegen jetzt EU-Parlament und Ministerrat zur Prüfung vor. Sollten beide Institutionen keine Einwände haben, haben die EU-Staaten 18 Monate Zeit, um die neuen Anforderungen in nationales Recht zu übertragen. [dh]

► Spielzeugrichtlinie (PDF): www.kurzlink.de/eu-spielzeug-rl-pdf

Nanokennzeichnung

Parlament zeigt Kommission die rote Karte

■ Das EU-Parlament hat sich Mitte März gegen einen Vorschlag der EU-Kommission zur Kennzeichnung von Nanomaterialien in Lebensmitteln ausgesprochen. In einem delegierten Rechtsakt hatte die EU-Kommission eine Definition von „technisch hergestellten Nanomaterialien“ vorgelegt, die aus Sicht der Europaabgeordneten die bestehende Rechtslage verwässern würde. Der Kommissionsvorschlag hätte zur Folge, dass nur Lebensmittel unter die Kennzeichnungspflicht fallen, die neu auf den Markt gebrachte Nanomaterialien enthalten. Für Nanomaterialien, die bereits auf dem Markt sind, würde die Regelung also eine flächendeckende Ausnahmeregelung schaffen.

„Das EU-Parlament hat sich wiederholt für eine einheitliche Kennzeichnungspflicht für Nanomaterialien in Lebensmitteln ausgesprochen. Wir sind überrascht, dass die Kommission mit ihrem Vorschlag sogar versucht, die von Parlament und Rat beschlossenen Regeln zu schwächen“, erklärte der Europaabgeordnete der Grünen Carl Schlyter.

Bei 258 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen stimmte eine große Mehrheit von 402 ParlamentarierInnen für die Resolution. Darin fordern sie die Kommission auf,



soziale technik
ifz
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 23 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 23,- (für Studierende € 17,50).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik



soziale technik
ifz
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:
Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/813909-11
E-mail: reinhard.waechter@aau.at
Web: www.ifz.aau.at/sote

eine neue Definition für „technisch hergestellte Nanomaterialien“ vorzulegen. [dh]

- EP-Resolution (word):
www.kurzlink.de/ep-resolu-nano0314

Endokrine Disruptoren

Französisches Parlament ruft zum Handeln auf

■ In einem Parlamentsbericht hat der Europaausschuss der französischen Nationalversammlung Ende Februar einen Appell für eine europäische Strategie zu Endokrinen Disruptoren (EDC) gestartet. Umwelt-NGOs begrüßten den Bericht.

Aus Sicht der französischen Umweltverbände Générations Futures und Réseau Environnement Santé sowie der europäischen Umwelt- und Gesundheits-NGO HEAL bedeutet der Bericht einen wichtigen Schritt hin zu einem Verbot hormonell wirksamer Chemikalien. Die ParlamentarierInnen zeigen in dem Bericht die großen Gesundheitsgefahren von EDC und die daraus entstehenden Kosten für das Gemeinwesen auf.

Angesichts der Gefahren für die öffentliche Gesundheit schlussfolgern die Abgeordneten, dass eine umfassende eu-

ropäische Strategie zu EDC dringend erforderlich sei. Diese müsse eine eindeutige Definition endokrin wirksamer Chemikalien sowie eine Auflistung nachweislicher und potenzieller EDC enthalten.

Die Umweltverbände schlossen sich dem Appell der Nationalversammlung an und forderten die französische Regierung auf, sich in der EU für konsequente politische Maßnahmen gegen EDC einzusetzen. „Die EU-Kommission muss sich jetzt für den Gesundheitsschutz in Europa starkmachen. Dafür muss sie so schnell wie möglich eine EDC-Strategie vorlegen“, betonte HEAL-Direktorin Génon Jensen. [dh]

- www.assemblee-nationale.fr/14/pdf/europe/rap-info/i1828.pdf

Luftverschmutzung

Paris verhängt Fahrverbot

■ Paris versinkt im Smog. Fünf Tage in Folge lag die Feinstaubbelastung in der französischen Hauptstadt Mitte März über dem Alarmwert von 80 Mikrogramm pro Kubikmeter. Zeitweise stieg die Feinstaubkonzentration sogar auf 180 Mikrogramm. Nach EU-Vorgaben darf die Luftverschmutzung einen Grenzwert von 50 Mikrogramm nur an 35 Tagen im

Jahr überschreiten. Um gegen die Luftverschmutzung anzukämpfen, verhängte Paris ein eintägiges Fahrverbot für Pkws, deren Kennzeichen auf eine ungerade Ziffer enden, sowie ein flächendeckendes Tempolimit. Der öffentliche Nahverkehr war an dem Tag kostenlos. Wer trotz des Verbots in sein Auto stieg, musste ein Bußgeld in Höhe von 22 Euro zahlen. [dh]

- www.kurzlink.de/antipollution-prs314

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Entwicklungsziele

Nächste Arbeitsphase eingeläutet

■ Im Juni 2012 hatten sich die TeilnehmerInnen des Rio+20-Gipfels dafür ausgesprochen, nachhaltige Entwicklungsziele (SDG) zu formulieren. Diese sollen die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen (UNO) maßgeblich bestimmen. Dabei geht es um Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele, die die 2015 auslaufenden Millenniumentwicklungsziele ersetzen. Die UNO hatte eine offene Arbeitsgruppe ein-

Briefe zur Interdisziplinarität

Geistes-, Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften, Kunst & Handwerk im Dialog

im oekom verlag, München. Mehr Informationen unter www.oekom.de/briefe-zur-interdisziplinaritaet



12
Dezember 2013

Schwerpunkt Heft 12:
Ästhetik



Andrea von Braun Stiftung

voneinander wissen

oekom
verlag

Briefe zur Interdisziplinarität ist eine Publikation der Andrea von Braun Stiftung, Düsseldorf. Mehr Informationen zur Stiftung und ihren Zielen finden Sie unter www.avbstiftung.de

gesetzt, die seit dem vergangenen Jahr über mögliche Themen und Inhalte der SDGs sondierte. Mit ihrer neunten Sitzung leitete die Gruppe Anfang März eine neue Arbeitsphase ein. In den kommenden Monaten wird sie die bisherigen Ergebnisse in einem Bericht zusammenfassen. Die UNO-Vollversammlung entscheidet dann im September über das weitere Vorgehen, Ende 2015 sollen die neuen Ziele verabschiedet werden. [dh]

- Bericht zur offenen Arbeitsgruppe: www.iisd.ca/download/pdf/enb3209e.pdf

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Tourismus

Kunstschnee heizt Klima auf

■ Infolge des Klimawandels kommt auf den Skipisten immer mehr Kunstschnee zum Einsatz. In den bayerischen Alpen werden 600 Hektar Skipisten künstlich beschneit und auch bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi kamen in großem Stil Schneemaschinen zum Einsatz. Schneekanonen verbrauchen große Mengen an Wasser und setzen zum Teil Chemikalien ein, um auch bei Plusgraden gute Schneeverhältnisse zu garantieren. Sie benötigen außerdem viel Energie und befeuern damit den Klimawandel, eine der Ursachen für den zunehmenden Bedarf an Kunstschnee. Der Alpenverein warnt, dass bei zunehmenden Temperaturen die Möglichkeiten zur Beschneidung abnehmen werden. [sl]

- www.alpenverein.de/Natur-Umwelt/Klimaschutz

Klimaziele 2030 I

Mehr Klimaschutz auch für Wirtschaft sinnvoll

■ Das britische Umweltministerium fordert, dass der CO₂-Ausstoß bis 2030 um deutlich mehr als nur 40 Prozent gesenkt werden sollte. Das wäre nicht nur aus umweltpolitischer Sicht sinnvoll, sondern auch für die Wirtschaft von Vorteil.

Eine Investition von nur 0,59 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) würde einer Analyse des britischen Umweltministeriums zufolge reichen, um den CO₂-Ausstoß bis 2030 sogar um 50 Prozent zu senken. Das verringert auch die Abhängigkeit der EU vom Import fossiler Rohstoffe und führt letztlich zu Einsparungen von bis zu 110 Milliarden Euro. Außerdem könnte die Erhöhung des Klimaziels spätere Mehrkosten verhindern.

Bisher strebt die EU-Kommission eine Reduktion von mindestens 40 Prozent bis 2030 an. Viele Umweltverbände kritisieren das aber als zu wenig. Auch der Klimaberater des britischen Außenministers William Hague, David King, hält das Ziel für wenig ambitioniert. So würde es schwierig, die globale Erwärmung unter zwei Grad zu halten. Großbritannien habe deshalb einen Mindestpreis für CO₂ festgelegt, der über die europäischen Vorgaben hinausgehe.

Um EU-weit den CO₂-Ausstoß zu senken, müssten die Mitgliedstaaten bis 2030 zusammen etwa 23 Milliarden Euro in erneuerbare Energien investieren. Deutschland müsste dafür rund 5,5 Milliarden in die Hand nehmen. Eine infolge der Klimamaßnahmen verbesserte Luftqualität führt im Gegenzug zu Einsparungen von bis zu 8,7 Milliarden Euro im deutschen Gesundheitssystem.

Der Studie zufolge ist es sinnvoller jetzt zu investieren, als die Maßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Ein Großteil der Investitionen sei ohnehin notwendig, um die veraltete Energieinfrastruktur zu erneuern. Die zusätzlichen Kosten für Klimaschutz lägen bei 0,15 Prozent. Auch eine aktuelle Studie des Umweltbundesamtes zeigt, dass Klimaschutz die Wirtschaft stärkt. Zusätzliche

Klimaschutzmaßnahmen könnten das Bruttoinlandsprodukt um 25 bis 30 Milliarden Euro steigern. Außerdem schaffe der Klimaschutz etwa 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze. [lh]

- www.umweltbundesamt.de/publikationen/gesamtwirtschaftliche-wirkungen-von-0
- Studie (engl., PDF): www.kurzlink.de/enerdata14

Klimaziele 2030 II

Studie: Europa 2030 ohne Atomkraftwerke

■ Forschungsergebnisse der Technischen Universität Wien vom März belegen, dass ein EU-weiter Atomausstieg zusammen mit dem Erreichen der Klimaziele bereits bis 2030 machbar ist. Notwendig seien vor allem eine Erhöhung der Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien. Aber auch leichtere Genehmigungsverfahren und Netzzugänge für regenerative Energien sowie CO₂-Preissignale könnten den Atomausstieg beschleunigen.

„Diese Ergebnisse bringen neue, überzeugende Argumente gegen die Kernenergie und ihre Förderung. Es darf keine Renaissance der Atomenergie unter dem Deckmantel des Klimaschutzes geben. In der grünen Kraft liegt die Zukunft“, betont der österreichische Umweltminister Andrä Rupprechter. Laut der Umweltorganisation Global 2000 zeige die Studie, dass die derzeit geplanten Einspeisevergütungen für 35 Jahre für das britische Atomkraftwerk Hinkley Point beihilferechtlich nicht vereinbar seien. [Quelle: UWD, sl]

- www.global2000.at/publikationen/studie-europa-2030-ohne-atomkraftwerke

Eurobarometer

Bürger für mehr Klimaschutz

■ Laut einer Anfang März veröffentlichten Eurobarometerumfrage glauben vier von fünf EU-BürgerInnen, dass Klima-

schutzmaßnahmen und eine effizientere Energienutzung Wirtschaft und Arbeitsmarkt ankurbeln. Dieses Ergebnis liegt leicht über den Zahlen der letzten Umfrage von 2011, als 78 Prozent diese Frage bejahten.

Sieben von zehn Befragten sind außerdem der Meinung, dass eine Verringerung der Einfuhr fossiler Brennstoffe aus Drittländern wirtschaftlich vorteilhaft ist. Neun von zehn glauben weiterhin, dass der Klimawandel ein ernstes Problem ist. 2011 belegte der Klimawandel in der Umfrage den zweiten Platz hinter Armut, Hunger und Trinkwassermangel, aber noch vor der Lage der Wirtschaft. Heute zählt die Hälfte der europäischen BürgerInnen den Klimawandel zu den vier schwerwiegendsten Problemen. Rund 90 Prozent der Befragten halten es außerdem für wichtig, dass ihre Regierungen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und Ziele für erneuerbare Energien bis 2030 unterstützen.

Auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel erwarten die Deutschen ein größeres Engagement beim Klimaschutz. Anstatt bis 2030 im Vergleich zu 1990 die CO₂-Emission um 40 Prozent zu senken, solle Merkel in der EU ein verbindliches 50-Prozent-Ziel durchsetzen, sagen über 80 Prozent. Das geht aus einer aktuellen Umfrage von TNS Emnid hervor.

Bei den Umwelt- und Energieministerräten Anfang März gingen die Bundesregierung und andere EU-Mitgliedstaaten jedoch nicht auf die Wünsche der EU-BürgerInnen ein. Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch machte deutlich: „Für den Erfolg von Deutschlands Energiewende ist wichtig, dass die Bundesregierung Großbritannien bei der Forderung nach einem Klimaziel von minus 50 Prozent unterstützt.“ Außerdem müsse die Bundesregierung Polen und anderen Staaten mutige Vorschläge zur Teilung und Abfederung der Investitionskosten machen. [Quelle: UWD, sl]

- Eurobarometerumfrage: www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_409_en.pdf
- Ratsschlussfolgerungen: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/141312.pdf

Erderwärmung USA

Obama wegen Klimaschutz angeklagt

■ In den USA haben republikanisch geführte Bundesstaaten sowie Lobbygruppen der Industrie am obersten Gerichtshof gegen US-Präsident Barack Obama geklagt. Ihre Klage richtet sich gegen die Klimawandelinitiative des Präsidenten und den Plan, über die amerikanische Umweltbehörde die Mengen der CO₂-Emissionen durch Unternehmen zu begrenzen. Ein Urteil ist für Juni erwartet. [sl]

- www.epa.gov/climatechange/ghgemissions/gases/co2.html

Erneuerbare Energien

Schweden, Dänemark und Österreich führen

■ Im Jahr 2012 lag der Beitrag von erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch in der EU schätzungsweise bei 14,1 Prozent. 2004, dem ersten Jahr, für das Daten verfügbar sind, waren es noch 8,3 Prozent, informierte das Statistische Amt der Europäischen Union Eurostat. Ziel der EU ist es, bis 2020 einen Anteil von 20 Prozent erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch zu erreichen.

Seit dem Jahr 2004 erhöhte sich der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch in allen Mitgliedstaaten. Die größten Zunahmen in diesem Zeitraum verzeichneten Schweden mit einem Anstieg von rund 39 im Jahr 2004 auf 51 Prozent im Jahr 2012, Dänemark mit einem Zuwachs von 15 auf 26 Prozent sowie Österreich mit einem Wachstum von 23 auf 32 Prozent. Auch Griechenland und Italien verzeichneten einen hohen Zuwachs, Griechenland verdoppelte den Erneuerbare-Energien-Anteil auf 15 Prozent.

Die höchsten Anteile erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch verzeichneten Schweden mit rund 51, Lettland mit 36, Finnland mit 34 und Österreich mit

32 Prozent. Die niedrigsten Werte meldeten Malta mit 1,4, Luxemburg mit 3,1 und das Vereinigte Königreich mit 4,2 Prozent.

Der erste Staat, der 2011 seinen Zielwert für 2020 erfüllte, war Estland. 2012 erreichten auch Bulgarien und Schweden ihre Zielwerte. [Quelle: UWD, sl]

- www.europa.eu/rapid/press-release_STAT-14-37_de.htm

EEG I

BürgerInnen wollen Energiewende retten

■ Das Kampagnennetzwerk Campact hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) Anfang März 215.000 Unterschriften gegen die Windenergiegedeckelung an Land überreicht. Gabriel hatte vorgeschlagen, den Bruttozubau an Windkraftanlagen auf nur noch 2.500 Megawatt pro Jahr zu begrenzen. Widerstand gegen die vorgelegten EEG-Reformen regt sich außerdem in der Biogasbranche, die sich mit 160 Firmen in einem offenen Brief beklagte, dass die Kostendebatte falsch und einseitig sei und die Biogasnutzung in Deutschland faktisch abschaffe. Am 22. März gingen in den Landeshauptstädten Düsseldorf, Kiel, Hannover, Mainz, Wiesbaden, München und Potsdam Hunderttausende auf die Straße, um für eine konsequente Weiterführung der Energiewende anstelle von Atom, Kohle und Fracking zu demonstrieren. [sl]

- www.energie-wende-demo.de

EEG II

Gabriel kämpft für Industrieausnahmen

■ Die Bundesregierung hat Ende Februar gegen das von der EU-Kommission eröffnete Beihilfeverfahren wegen der Industrieausnahmen beim Erneuerbare-Energi-

„Die Deckelung darf kein Instrument sein, um sinnvolle dezentrale Projekte zu verhindern“

Um die Energiewende voranzutreiben, setzt Rheinland-Pfalz auf den naturverträglichen Ausbau der Windenergie. Die aktuellen Reformpläne für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefährden aber die Ausbaupläne des Landes. Die EEG-Novelle dürfe die dezentrale Energiewende nicht abwürgen, kritisiert die rheinland-pfälzische Energieministerin Eveline Lemke.

umwelt aktuell: Mit Rainer Baake hat sich Bundesenergieminister Sigmar Gabriel einen ausgewiesenen grünen Energiewendexperten als Staatssekretär in sein Ministerium geholt. Die geplante EEG-Novelle stößt aber vor allem bei Ihrer Partei auf Kritik – was ist schiefgelaufen?

Ich schätze Rainer Baake sehr. Er ist ein profunder Kenner der Energiewende. Als Staatssekretär im Bundesumweltministerium unter Rot-Grün und als Direktor der Agora Energiewende hat er zahlreiche konstruktive Vorschläge zur Weiterentwicklung der Energiewende eingebracht. Im Rahmen seiner jetzigen Tätigkeit vertritt er allerdings keine abgestimmte Haltung der Grünen. Er ist als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium ganz anderen Zwängen und Interessen ausgesetzt. In diesem Tauziehen sind wir.

Die lauteste Kritik an den Reformplänen kam aus Rheinland-Pfalz, Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Jedes Bundesland verfolgt seine eigenen Interessen. Wie könnte eine gemeinsame Position der Länder aussehen?

Jedes Bundesland hat spezifische Voraussetzungen und betrachtet die Veränderungen aus einem besonderen Blickwinkel. Das ist eine Stärke des Föderalismus, da bereits in der Gesetzgebung unterschiedliche Positionen einfließen und abgewogen werden. Die Kritik am Vorschlag zur Eigenstromerzeugung und an den Regelungen zum Vertrauensschutz für Investoren teilen wir mit vielen anderen Ländern. Für Rheinland-Pfalz ist aber vor allem die Ausbaudeckelung der Windenergie an Land nicht akzeptabel. Hier muss nachgebessert werden. Die Deckelung darf kein Instrument sein, um sinnvolle dezentrale Projekte zu verhindern.

Rheinland-Pfalz setzt bei der Energiewende vor allem auf Windenergie. Was bedeuten die EEG-Reformpläne konkret für Ihr Land?

Rheinland-Pfalz weist durch seine Topografie ausgezeichnete Windenergiestandorte auf. Wir haben sehr klare Vorgaben zur Steuerung des Ausbaus der Windenergie gemacht. Nicht zuletzt deswegen kommt die Umsetzung in unserem Land sehr gut voran. Im Vergleich der Bundesländer liegen wir beim Zubau auf dem zweiten Platz. Insgesamt waren Ende letz-

ten Jahres fast 1.360 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von über 2.300 Megawatt installiert. Die Reformpläne zum EEG bereiten mir aber Sorge, da der beschriebene Ausbaupfad der Bundesregierung unsere Pläne beeinträchtigen kann.

Wie gelingt in Rheinland-Pfalz der naturverträgliche Ausbau der Onshorewindenergie?

In unserem Bundesland gibt es viele Naturschätze und eine reiche Artenvielfalt. Damit haben wir eine große Verantwortung insbesondere beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Besonders sensible Bereiche wie Naturschutzgebiete, Kernzonen von Biosphärenreservaten und der künftige Nationalpark Hunsrück-Hochwald sind deshalb für Windräder tabu. Im Mai 2013 ist die Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Landesentwicklungsprogramms in Kraft getreten – mit sehr klaren Vorgaben unter dem Gesichtspunkt des naturverträglichen Ausbaus. In zwei umfangreichen öffentlichen Beteiligungen haben Bürgerinnen und Bürger sowie die Verbände Stellung zu dem Planentwurf bezogen. Wir haben die Anregungen aufgegriffen, intensive Gespräche mit den Naturschutzverbänden geführt, dann Ergänzungen vorgenommen und weitere Flächen für die Windenergie ausgeschlossen.

Welche Flächen sind das?

Windenergieanlagen sind in Naturschutzgebieten, Kern- und Pflegezonen des Biosphärenreservats Pfälzerwald, Nationalparks und den Kernzonen des UNESCO-Welterbegebietes Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-raetischer Limes ausgeschlossen. Wir empfehlen, auch den Rahmenbereich des UNESCO-Welterbes Oberes Mittelrheintal frei zu halten und den Bau von Windrädern in sich anschließenden Gebieten sorgfältig abzuwägen. Die Entscheidung liegt aber bei den regionalen Planungsgemeinschaften. Sie haben den Auftrag, Vorranggebiete für die Windenergienutzung auszuweisen. Sie müssen auch konkretisieren, wo in historischen Kulturlandschaften Windenergienutzung auszuschließen ist. Wenn FFH- und Vogelschutzgebiete betroffen sind, gibt es erhebliche Restriktionen etwa durch Verträglichkeitsprüfungen. Die Kernzonen der Naturparke sowie die Stillezonen des Biosphärenreservats Pfälzerwald sol-

len frei bleiben von Windenergie. Generell müssen bei der Ausweisung von Standorten und der Aufstellung von Bauleitplänen Umweltprüfungen stattfinden.

Auch Energiegenossenschaften kritisieren die geplante Novelle. Sie sehen die Bürgerenergie in Gefahr. Eine Energiewende nur für die großen Konzerne – kann das funktionieren?

Die Energiewende konnte nur so erfolgreich anlaufen, weil die Bürgerinnen und Bürgern sie vorangetrieben haben. Daher gilt es, den Energiegenossenschaften auch weiterhin den Rücken zu stärken. Der aktuelle Referentenentwurf für die EEG-Novelle tut das aber nicht. Im Gegenteil: Beim vorgesehenen Ausschreibungsmodell hat die Bürgerenergie das Nachsehen. Die großen Betreiber sind damit klar im Vorteil. Ich lehne dieses Modell ab. Die Energiewende muss von unten durch das Engagement jedes Einzelnen entwickelt werden, da spielen die Genossenschaften eine wichtige Rolle. Ihnen jetzt die Geschäftsgrundlage zu entziehen, führt zu weniger Partizipation vor Ort und somit zu mehr Widerstand gegen Windenergieprojekte.

Eine abschließende Einschätzung: Gelingt die Energiewende oder wackelt der Atomausstieg?

In Deutschland besteht parteiübergreifender Konsens, aus der Atomkraft auszusteigen und stattdessen konsequent auf Erneuerbare Energien zu setzen. Die Energiewende muss gelingen, es gibt keine andere Option. Das bedeutet aber auch: Alle Länder müssen sich klar zum Ausbau der Erneuerbaren und zu notwendigen Verbesserungen der Netzinfrastruktur bekennen.

[Interview: Daniel Hiß, Antje Mensen]

Die Grünen-Politikerin Eveline Lemke ist seit 2011 Wirtschafts- und Energieministerin in Rheinland-Pfalz.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6131 /
162548-2220,
E-Mail: poststelle@mwkerl.rlp.de



sez
Sitzung Entwicklungs-
Zusammenarbeit
Baden-Württemberg

Messe Stuttgart
Mitten im Markt

Partners:
Baden-Württemberg

FAIR HANDELN

Internationale Messe für Fair Trade
und global verantwortungsvolles
Handeln



Von Afrika bis Zertifizierung

Die FAIR HANDELN ist eine Messe für alle, die sich engagiert für ein global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln einsetzen. Sie stellt einen Marktplatz dar für Fachbesucher und Endverbraucher und zeigt das Spektrum von fair gehandelten Produkten, Nahrungsmitteln bis hin zu Textilien, Kosmetik und Kunst. Mit ihren zahlreichen Bildungsveranstaltungen, Forumsbeiträgen und Podiumsdiskussionen ist sie die Leitmesse für den Fairen Handel in Deutschland.

Ausstellungsbereiche:

- Fairer Handel
- Entwicklungszusammenarbeit
- Nachhaltiges Finanzwesen
- Nachhaltiger Tourismus
- Corporate Social Responsibility

10.– 13. April 2014
Messe Stuttgart
www.fair-handeln.com

Donnerstag 14 bis 22 Uhr
Freitag – Sonntag 10 bis 18 Uhr

en-Gesetz (EEG) Klage beim Europäischen Gericht eingereicht. Die Ausnahmen stellen keine staatliche Beihilfe dar und seien daher mit EU-Recht vereinbar, hieß es zur Begründung. Die Klage sei aber nur vorsorglich eingereicht worden. Man wolle sich weiterhin auf dem Verhandlungsweg mit der EU-Kommission einigen.

EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia hatte das Beihilfeverfahren gegen die Industrieausnahmen im Dezember eingeleitet. Bisher lehnt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine Kürzung der umstrittenen Industrierabatte bei der EEG-Umlage ab. Solange das Beihilfeverfahren läuft, kann die Bundesregierung keine Befreiungen für 2015 gewähren.

Die Industrierabatte bei der EEG-Umlage belaufen sich aktuell auf 5,1 Milliarden Euro. Umwelt- und Verbraucherschutzverbände kritisieren seit Langem, dass die weitreichenden Ausnahmen die EEG-Umlage für die VerbraucherInnen in die Höhe treiben und damit die Akzeptanz des Förderinstruments verschlechtern. [am]

► www.klimaretter.info/politik/nachricht/15844-eeG-bundesregierung-klagt-gegen-eu

Energieeffizienz

Leichter Rückgang des Energieverbrauchs

■ Laut dem Statistischen Amt der EU Eurostat ist der Energieverbrauch in der Europäischen Union zwischen 2006 und 2012 um acht Prozent gefallen. Von 2011 auf 2012 war es zuletzt ein Prozent. Die Energieabhängigkeit lag im Jahr 2012 bei 53 Prozent. Die inländische Primärenergieproduktion in den EU-Staaten betrug 794 Millionen Tonnen Rohöleinheiten, das ist etwas weniger als die Hälfte des europäischen Energieverbrauchs. Der größte Anteil der innereuropäischen Produktion entfiel dabei auf Atomkraft (29 Prozent), gefolgt von erneuerbaren Energien (22 Prozent), festen Brennstoffen (21 Prozent), Gas (17 Prozent) und Öl (10 Prozent).

Trotz Fortschritten bei der Energieverbrauchssenkung wird das EU-Ziel von 20 Prozent Energieeinsparung bis 2020 nach Prognosen der Coalition of Energy Savings ohne zusätzliche Maßnahmen verfehlt. Für Juni hat die EU-Kommission im Rahmen der Revision der EU-Energieeffizienzrichtlinie deshalb weitere Maßnahmen oder ein verbindliches Ziel für Energieeffizienz angekündigt. [Quelle: UWD, sl]

► www.kurzlink.de/eurostateuv2014-02

Steinkohle I

Umstrittenes Kraftwerk geht in Betrieb

■ Der Energiekonzern Vattenfall hat Anfang März das umstrittene Steinkohlekraftwerk Hamburg-Moorburg ans Netz genommen. Ursprünglich sollte das Kraftwerk bereits 2012 ans Netz gehen, eine lange Pannenserie und Proteste von BürgerInnen hatten dies verhindert. Hamburg-Moorburg ist eines der wenigen Kohlekraftwerke, das in Deutschland neu gebaut wurde. Bürgerinitiativen und Umweltverbände hatten die meisten der rund 30 geplanten Kohlekraftwerke über die letzten Jahre verhindert. Auch erhöhte Baukosten und niedrigere Börsenstrompreise ließen viele Kraftwerksprojekte wieder in den Schubladen verschwinden. [sl]

► www.klima-allianz.de

Steinkohle II

Betreibergesellschaft für Kohlekraftwerke?

■ Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) hat Ende Februar vorgeschlagen, eine nationale Betreibergesellschaft für deutsche Steinkohlekraftwerke zu gründen. Auf diese Weise will die Gewerkschaft verhindern, dass Kohlekraftwerke durch die gefallen

Strompreise an der Börse zunehmend unrentabel werden. Die Stromanbieter Steag, Eon, RWE, Vattenfall und EnBW müssten dazu ihre Kohlekraftwerke in eine Kohlestrom AG überführen.

Sowohl Eon als auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sollen Interesse an dem Vorschlag bekundet haben. Umweltverbände kritisieren ein solches Kraftwerksmonopol. Kohlekraftwerke hätten nicht an sich eine Daseinsberechtigung, vielmehr müssten die effizienten Kraftwerke gegenüber den ineffizienten gestärkt werden, dies betreffe in erster Linie Gaskraftwerke. Hierzu brauche es eine Reparatur des Emissionshandels, aber auch Emissions- oder Effizienzstandards für Kraftwerke. [sl]

► www.igbce.de

Atom Müll

Endlagersuche ohne Vorsitz

■ Die Besetzung der Kommission zur Suche eines Atom Müllendlagers verzögert sich Medienberichten zufolge weiter. Besonders umstritten ist die Vergabe des Vorsitzes. CDU und Bundes-SPD würden den Posten gerne an die frühere CDU-Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Ursula Heinen-Esser vergeben. Die niedersächsische Landesregierung sowie die Grünen sind jedoch gegen die CDU-Politikerin, die als atomfreundlich gilt. Auch die Umweltverbände halten Heinen-Esser für ungeeignet, weil sie in ihren Ämtern das Endlagersuchgesetz sowohl mit entworfen als auch mit verabschiedet habe. Das mache sie befangen, sagte Jochen Stay von Ausgestrahlt gegenüber der Tageszeitung (taz). Die Besetzung der Endlagerkommission wurde wegen der Unstimmigkeiten von Anfang März auf April verschoben.

Bis dahin werden auch die Umweltverbände entschieden haben, ob sie sich in die Endlagersuchkommission einbringen wollen. Das ist bisher umstritten, weil der Standort Gorleben nicht von vornherein

von dem Suchprozess ausgeschlossen ist. Außerdem üben Verbände und Bürgerinitiativen grundlegende Kritik an der Zusammensetzung der Kommission (siehe Umwelt aktuell 03.14, S. 14). [am]

► www.taz.de/!133767/

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

EU-Verbraucherpolitik

Programm 2014–2020

■ Der Ministerrat der Europäischen Union hat im Februar dem EU-Verbraucherprogramm 2014–2020 zugestimmt. Dieses Programm bietet den Rahmen für die Finanzierung von Maßnahmen in der Verbraucherpolitik. Über 188 Millionen Euro stehen dafür zur Verfügung. Mit den Mitteln aus dem Programm können vor allem Maßnahmen zur Überwachung der Produktsicherheit, zur Analyse von Verbrauchermärkten, zur Förderung von Bildungsmaßnahmen und zur besseren Durchsetzung der Rechte der Verbraucher gefördert werden. Außerdem werden europäische Verbraucherverbände finanziell unterstützt. [mbu]

► Verbraucherprogramm der EU 2014-2020: www.kurzlink.de/eu-verbraucher-2020

Verbraucherinformation

EU-Verbraucherzentren stark nachgefragt

■ Im vergangenen Jahr hat das Netz der Europäischen Verbraucherzentren (EVZ) EU-weit über 80.000 Anfragen europäischer Bürgerinnen und Bürger bearbeitet. Das waren elf Prozent mehr als 2012. In gut 32.500 Fällen wandten sich Verbraucherinnen und Verbrauchern mit Beschwerden an die EVZ. Die Aufgabe der Verbraucherzentren ist es, EU-Bürgerinnen und Bür-

gern grenzüberschreitend bei Fragen, etwa bei Problemen mit dem Onlineeinkauf im Nachbarland oder bei Reisen, zu helfen sowie über Rechte und Pflichten aufzuklären. Die Dienstleistung der Zentren ist für EU-Einwohnerinnen und -Einwohner kostenlos. Das EVZ-Netz wird aus Mitteln des EU-Verbraucherprogramms und nationaler Behörden finanziert.

Durch die Beratung seitens der EVZ konnten zwei Drittel der Anliegen zugunsten der Konsumenten gelöst werden. Etwa ein Drittel der Beschwerden betraf den Verkehrsbereich, vor allem Flüge und Mietwagen. Weitere Auslöser für Beschwerden waren Haushaltsgeräte, Probleme beim Ticketkauf für Sport- und Kulturveranstaltungen sowie beim Ferienwohnrecht. [mbu]

► Europäisches Verbraucherzentrum in Deutschland: www.eu-verbraucher.de

Nachhaltiger Konsum

Onlineportal mit regionalen Schwerpunkten

■ Das Onlineportal für einen ökologischen Lebensstil informiert jetzt auch auf regionaler Ebene. Seit Mitte Februar können Leserinnen und Leser aus Berlin, Köln, Mainz und München über den Regionalschalter auf der Startseite von www.nachhaltigleben.de ihre eigene Region auswählen und spezifische, aktuelle Meldungen, Nachrichten und Informationen erhalten.

So wissen die Nutzerinnen genau, was daheim passiert und können sicher sein, dass zum Beispiel Veranstaltungen ohne Probleme zu erreichen sind oder präsentierte Themen sie direkt betreffen. Mit der Regionalisierung sollen die Informationen zugespitzt werden, damit die Nutzer genau das erfahren, was sie am meisten interessiert. Es ist geplant, die Regionalseite noch um zusätzliche Regionen in Deutschland zu erweitern. [mbu]

► www.nachhaltigleben.de

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Ökologische Gerechtigkeit

Strategische Allianzen zwischen Umweltschutz und Sozialpolitik



Die Frage der ökologischen Gerechtigkeit stellt sich mit neuer Dringlichkeit. Nicht nur zukünftige Generationen brauchen Fürsprecher. Auch heutzutage sind sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen Umweltbelastungen wie Verkehrslärm und Luftverschmutzung stärker ausgesetzt als wohlhabende – und das, obwohl sie selbst weit weniger zu ihnen beitragen. Die soziale Relevanz ökologischer Fragen zeigt sich auch im globalen Rahmen, etwa bei den höchst ungleich verteilten Auswirkungen des Klimawandels. Nur wenn sie aufhört, die Dimensionen Umwelt und Soziales gegeneinander auszuspielen, kann sich eine Gesellschaft nachhaltig entwickeln.

Mit Beiträgen von Michael Wehrspau und Korinna Schack, Heike Köckler, Jörg Haas, Maja Göpel, Felix Ekardt, Damian Ludewig u.v.m.



Ökologische Gerechtigkeit
politische ökologie (Band 136)
144 Seiten, 17,95 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-475-3

Erhältlich bei
www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

oekom
verlag

Kennzeichnungsdschungel

Was steckt hinter dem Label?

■ Mit einer Website will die Verbraucher-Initiative den VerbraucherInnen bei der Orientierung im Supermarkt helfen. Das Onlineportal beschreibt und bewertet Label mithilfe einer Suchmaske. So können die Nutzer beispielsweise die Zielsetzung des Labels sowie Einzelheiten zu dem jeweiligen Zertifizierungsprozess einsehen. Die Verbraucher-Initiative konnte dieses Jahr mit finanzieller Unterstützung des Bundesverbraucherministeriums die Internetseite um 600 Label erweitern. Demnächst erscheint auch eine Label-App. [vw]

► www.label-online.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Pestizide auf Ökoflächen?

■ In Deutschland sollen künftig alle Flächenarten als ökologische Vorrangflächen anerkannt werden, bei denen dies nach EU-Recht möglich ist. Die Bundesregierung billigte im Februar einen entsprechenden Gesetzentwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL). Das heißt, dass auf den eigentlich als naturbelassen gedachten Arealen auch Zwischenfrüchte und Untersaaten erlaubt sind. Mais mit Untersaat oder Mais als Folgefrucht würde als ökologische Vorrangfläche anerkannt. Der BMEL-Entwurf erlaubt auch den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln auf diesen Flächen.

Aus Sicht der ökologischen Landwirtschaft widerspricht dies dem Schutz der Artenvielfalt, der ursprünglich als Ziel in der EU-Agrarreform festgelegt ist. Das Umweltbundesamt postulierte: „Für die Sinnhaftigkeit und den Erfolg der ökologischen Vorrangflächen ist ein eindeutiger Ausschluss von Pestiziden und Düngemitteln unabdingbar.“ Die EU-Verordnung sieht vor, dass Landwirte,

die umweltfreundlich wirtschaften, weiterhin einen Teil Subventionen bekommen. Eine der Bedingungen: Sie müssen auf fünf Prozent ihrer Felder ökologische Vorrangflächen schaffen. Das können beispielsweise Blühstreifen oder Hecken sein, die Tieren Lebensraum bieten, aber auch Flächen, auf denen seltene Kulturpflanzen angebaut werden. Wenn der Gesetzesvorschlag des Landwirtschaftsministeriums umgesetzt würde, bliebe alles beim Alten, kritisierte der stellvertretende Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Ulrich Jasper. Die Kampagne Meine Landwirtschaft mobilisierte im März gegen die Pläne des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Im März (nach Redaktionsschluss) wollten die EU-Landwirtschaftsminister endgültig über die Ausgestaltung der ökologischen Vorrangflächen entscheiden. [mbu]

► Direktzahlungen-Durchführungsgesetz:
www.kurzlink.de/bundesrat-gap02.2014

► www.abl-ev.de

► www.meine-landwirtschaft.de/aktionen/keine-pestizide-auf-oeko-vorrangflaechen.html

Akzeptanz der Agrarreform

Breite Zustimmung in der EU-Bevölkerung

■ Laut einer Eurobarometerumfrage von Ende 2013, die im März veröffentlicht wurde, messen mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union der Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums wachsende Bedeutung bei.

Für die Umfrage wurden im November und Dezember 2013 fast 28.000 Menschen in den 28 EU-Mitgliedstaaten befragt. Anlass war die Verabschiedung der EU-Agrarreform. Die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) soll umweltfreundlicher, gerechter und nachhaltiger sein. Für den Zeitraum von 2014 bis 2020 stehen dafür mehr als 373 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist der größte Posten im Haushalt der EU.

Drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass die neue GAP allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern nützt. Mehr als 90 Prozent finden gut, dass die Vergabe von Agrarsubventionen künftig daran geknüpft ist, dass die Empfänger umweltfreundlicher und gerechter wirtschaften. Eine deutliche Mehrheit hält es außerdem für wichtig, für Vielfalt der Landwirtschaft und Lebensmittel in der EU zu sorgen.

Für EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș belegt dies, dass die EU-Bürger der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum eine große Bedeutung beimessen. 53 Prozent der Befragten halten die Agrarpolitik für ein „sehr wichtiges“ Zukunftsthema. Das sind sieben Prozentpunkte mehr als bei der letzten Befragung 2009. [mbu]

► Eurobarometerumfrage zur GAP (2013):
www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_410_de.pdf

EU-Saatgutrecht

Pläne zur Reform gestoppt

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben den Vorschlägen der EU-Kommission für die Neuregelung der Saatgutzulassung Mitte März in Straßburg mit deutlicher Mehrheit eine Absage erteilt.

650 Parlamentarier lehnten den Verordnungsentwurf der Kommission ab, nur 15 stimmten dafür. Die geplante Novelle hätte den EU-Staaten zu wenig Spielraum gelassen, bemängelte der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, der Sozialist Paolo De Castro aus Italien. Bereits im Februar hatte sich der Ausschuss gegen das Reformvorhaben ausgesprochen. Kritiker hatten auch vor Nachteilen für seltene Sorten gewarnt. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Martin Häusling sagte: „Der Vorschlag der EU-Kommission zur Saatgutverordnung würde es Landwirten und Kleingärtnern in Zukunft extrem erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen, ihr eigenes Pflanzenmaterial weiter frei zu nutzen. Anstatt das Saatgut zu verwenden, das sie auf ihren eigenen Äckern mit der Ernte gewinnen oder von

Gentechnikmais purzelt durch die Institutionen

Die Risikoprüfung mangelhaft, das Verfahren verschleppt, die Mehrheit dagegen – trotz alledem könnte es der transgene Mais 1507 nach 13 Jahren in der Warteschleife doch noch auf europäische Äcker schaffen. Daniel Hertwig kommentiert.

Eineinhalb Jahrzehnte lang durfte in der Europäischen Union nur ein gentechnisch veränderter Mais, entwickelt vom US-Agrarriesen Monsanto, angebaut werden. Nun könnte mit dem Mais 1507 ein zweiter dazukommen. Dabei gehört die Pflanze aus dem Hause Dupont-Pioneer längst zum biotechnologischen alten Eisen. Seit 2001 wartet sie auf die Genehmigung. Erst ein Gerichtsurteil brachte die EU-Kommission dazu, das verschleppte Verfahren – nun allerdings energisch – voranzutreiben. Der Gentechnikmais produziert, anders als neuere Sorten, nur ein Insektizid – davon aber sehr viel. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) warnte in einem internen Papier, der Pioneer-Maispollen enthalte 350 Mal mehr Insektengift als der von Monsanto.

Die Behörde kritisierte, dass Risiken für einheimische Schmetterlingsarten kaum geprüft worden und der Anbau von Mais 1507 nicht an konkrete Schutzmaßnahmen gebunden sei. Die EU-Kommission hätte ihren Entwurf für die Zulassung des Gentechnikmaises daher nachbessern müssen, bemängelte das BfN. Das ist jedoch nicht geschehen. Im Februar stimmten Vertreter der nationalen Regierungen über die Anbaugenehmigung ab. Wie fast immer wurde die nötige „qualifizierte Mehrheit“ verfehlt. Und das, obwohl 19 der 28 Staaten, also zwei Drittel, auf die 60 Prozent der Stimmen entfallen, gegen den Mais votierten. Knapp 22 Prozent Jastimmen reichten hingegen fünf gentechnikfreundlichen Regierungen, etwa Spanien und Großbritannien zur Blockade. In so einem Fall darf die EU-Kommission das letzte Wort sprechen – wodurch dem Anbau von Mais 1507 fast nichts mehr im Wege steht.

Unrühmlich war dabei die Rolle des größten Mitgliedstaates. Die deutsche Bundesregierung enthielt sich wieder einmal der Stimme – in dem Wissen, dass eine Enthaltung angesichts der Verfahrensregeln wie ein Ja wirkt. SPD und CSU murrten zwar öffentlich, beugten sich aber der CDU. Zur Beschwichtigung hieß es, auch mit einem deutschen Nein hätte es schließlich nicht

zur qualifizierten Mehrheit gereicht. Im Nachhinein ist das zwar rechnerisch korrekt. Hätte sich Deutschland aber im Vorfeld zur Ablehnung der Gentechnik bekannt, hätten auch die wenigen noch fehlenden Stimmen auf das Konto der 1507-Gegner fließen können – wenn sie will, kann die Bundesregierung durchaus Mehrheiten organisieren.

Wie geht es nun weiter? Deutsche Politiker versprechen, man werde den Gentechnikmais nicht auf hiesige Felder lassen und rechtzeitig ein Verbot erwirken. Das ist aber nicht realistisch, da dafür Risikostudien vorgelegt werden müssen, die es nicht gibt. Sie sind kostspielig und brauchen Zeit. Also ein „Opt-out“? Die EU-Gesetze könnten so geändert werden, dass einzelne Staaten den Anbau beispielsweise aus wirtschaftlichen Gründen untersagen dürfen. Ein seit Jahren auf Eis liegender Vorschlag der Kommission wird nun wieder aufgetaut. Das Problem: Er ist aus Sicht von Umweltverbänden nicht wasserdicht. Außerdem sieht er direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen und den Gentechnikkonzernen vor. Das würde deren Möglichkeiten zur Einflussnahme unnötig ausweiten. Hilfreich wären eine von vornherein strengere Risikoprüfung auf EU-Ebene sowie echte Ausnahmen für Länder, die keine Gentechnik wollen – beides wird ohne eine entschlossene Bundesregierung nicht zu haben sein.

Daniel Hertwig ist Redakteur beim Informationsdienst Gentechnik der Zukunftsstiftung Landwirtschaft in Berlin.

Kontakt:
 Tel. +49 (0)30 / 28482304,
 E-Mail: info@keine-gentechnik.de,
www.keine-gentechnik.de

regionalen Tauschbörsen beziehen, müssen Landwirte und Hobbygärtner neues und vereinheitlichtes Saatgut kaufen.“

Die EU-Kommission wollte den Verkauf von Saatgut nach eigenen Angaben erleichtern. Wenn die Mitgliedstaaten die Vorschläge ebenfalls zurückweisen, sind sie endgültig vom Tisch. Die Kampagne „Freiheit für die Vielfalt“, die von Save Our Seeds getragen wird, hatte sich während des Gesetzgebungsprozesses gegen die schleichende Reduzierung der Saatgutvielfalt in Europa eingesetzt und freut sich über die Ablehnung der neuen Saatgutverordnung im Parlament. Voraussichtlich Ende 2014 wird das Thema erneut auf der Tagesordnung stehen. „Dann geht der Kampf für die Freiheit der Vielfalt in die zweite, entscheidende Runde“, sagte Benedikt Haerlin von der Kampagne. „Die internationalen Saatgutkonzerne werden nach neuen Mitteln suchen, ihre Industriestandards und Hybridsaatgutnormen gegen sich selbst vermehrende, samenfeste Sorten und die Vielfalt von unten durchzusetzen.“ [mbu]

- ▶ EU-Parlament zu Saatgutverordnung: www.kurzlink.de/eu-parl-saatgut03.14
- ▶ www.martin-haesling.eu
- ▶ www.saveourseeds.org/vielfalt

Saatgut

Patent auf klimarobuste Sojabohnen

■ Das Europäische Patentamt in München hat dem Agrochemiekonzern Monsanto Ende Februar ein Patent auf die Nutzung konventioneller genetischer Sojavarianten erteilt. Monsanto erhielt das Patent auf die Untersuchung und Auswahl von Sojapflanzen (EP08742297). Diese sollen an unterschiedliche klimatische Bedingungen angepasst sein und so einen erhöhten Ertrag ermöglichen. Dazu gehören wilde und gezüchtete Sojapflanzen aus Asien und Australien.

Dem Patenttext zufolge wurden mehr als 250 Pflanzen aus den Herkunftsregionen untersucht. Für die konventionelle

Züchtung hat Monsanto mit dem Patent ein Monopol auf die Verwendung von mehreren 100 Genvarianten, die bei diesen Sojabohnen natürlicherweise vorkommen. Das Patent wurde auch in anderen Ländern wie den USA, Kanada, China und Südafrika angemeldet, aber offenbar noch nicht vergeben.

Das Bündnis Keine Patente auf Saatgut! wirft Monsanto Biopiraterie vor. „Monsanto versucht, die Kontrolle über die genetische Vielfalt zu erlangen, die benötigt wird, um beispielsweise Nutzpflanzen an den Klimawandel anzupassen“, sagte Ruth Tippe vom Bündnis Keine Patente auf Saatgut!. Die europäischen Patentgesetze erlauben aber nicht, Patente auf Verfahren zur konventionellen Züchtung erteilen. Um diese Patente zu stoppen, müssten die Mitgliedstaaten nun eine deutliche Reaktion zeigen.

Vor knapp zwei Jahren hatte das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet, die das EPA aufforderte, Produkte aus konventioneller Züchtung nicht mehr zu patentieren. Bislang ignorierte das Patentamt diese Aufforderung aber weitgehend. Der Verwaltungsrat des EPA könnte die politische Entscheidung treffen, derartige Patente zu stoppen. Im Verwaltungsrat sitzen Repräsentanten der Mitgliedstaaten. Die Bundesregierung in Berlin hat eine Initiative auf europäischer Ebene angekündigt. Auch der französische Senat forderte im Januar 2014 die Regierung von Frankreich auf, aktiv zu werden. [mbu]

- ▶ www.no-patents-on-seeds.org
- ▶ www.epa.org

Genpflanzenzulassung

Nationales Anbauverbot in Brüssel wieder Thema

■ Die UmweltministerInnen der EU-Staaten haben Anfang März wieder Verhandlungen zu möglichen nationalen Anbauverboten für Genpflanzen aufgenommen.

Seit 2012 lagen die Verhandlungen auf Eis. Ein Kompromissvorschlag der däni-

schon Ratspräsidentschaft war damals an der Blockadehaltung Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs gescheitert. Durch die bevorstehende Zulassung des Genmaises 1507 hob die griechische Ratspräsidentschaft das Thema jetzt wieder auf die Tagesordnung und legte einen neuen Kompromissvorschlag vor, den die meisten UmweltministerInnen für gut befanden. Auch die deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks sprach sich für die sogenannte Opt-out-Klausel aus, die es Staaten ermöglichen soll, selbst über eine nationale Anbauzulassung oder ein Verbot zu entscheiden. Die Zustimmung Deutschlands zu dem Vorschlag ist dennoch noch nicht sicher. Denn dazu muss die Bundesregierung zunächst eine einheitliche Position verabschieden. Anders als SPD und CSU spricht sich die CDU für den Anbau von Genpflanzen aus.

Ein eindeutiges Ja zum Vorschlag kam dagegen aus Großbritannien. Der britische Umweltminister Owen Wilson berichtete, dass Englands Regierung zugunsten des Anbauverbotes die bisherige Blockade gegen nationale Verbote aufgeben wird.

Kritik kommt dagegen vor allem aus Frankreich, Belgien und Luxemburg. Diese lehnen es ab, mit Gentechkonzernen wie Monsanto oder Bayer in Verhandlung zu treten, wie es der Vorschlag der griechischen Ratspräsidentschaft vorsieht. [lh]

- ▶ Kommissionsvorschlag von 2010: www.kurzlink.de/gen-verbote-eu2010

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Gebietsfremde Arten

Kompromiss in letzter Minute

■ Die EU-Mitgliedstaaten müssen künftig die Verbreitung von gebietsfremden invasiven Arten untersuchen und Maßnahmen zu deren Eindämmung erarbeiten. Darauf haben sich das Europäische Parlament und die griechische Ratspräsidentschaft Anfang März geeinigt.

Laut Gesetzentwurf sollen gebietsfremde Arten mit EU-weiten Auswirkungen für Menschen und Natur in einer Liste aufgelistet werden. Diese dürfen dann weder eingeführt, gezüchtet, transportiert, freigelassen noch verkauft werden. Außerdem sollen Mitgliedstaaten kooperieren, um die Ausbreitung von Arten, die lediglich in einigen Regionen der EU heimisch sind, einzudämmen. Allerdings sieht der Vorschlag auch Ausnahmen vor, die im Vorfeld von Umweltverbänden kritisiert worden sind (umwelt aktuell 03.2014): Die EU-Kommission kann die Zucht und den Verkauf von einigen Arten in einzelnen Fällen aus wirtschaftlichen Gründen erlauben.

Das Europäische Umweltbüro (EEB), der Dachverband der europäischen Natur- und Umweltschutzverbände, begrüßte die Einigung, bemängelte jedoch, durch die hastigen Verhandlungen seien einige Kernelemente des ursprünglichen Vorschlags unter den Tisch gefallen. „Nun wird für die Umsetzung des Vorschlags noch ein Schub Ambition benötigt, wenn die Regelung die negativen Effekte invasiver gebietsfremder Arten auf die Biodiversität vermindern und verhindern soll“, sagte Martina Mlinaric, Bereichsleiterin für Biodiversität, Wasser und Boden beim EEB.

Gebietsfremde invasive Arten sind ein Hauptgrund für den Verlust der Biodiversität in Europa. Teilweise lösen sie Krank-

heiten und Allergien aus. Fast wären die Verhandlungen zwischen EU-Parlament, europäischer Kommission und den Mitgliedstaaten über die gebietsfremden invasiven Arten gescheitert. Durch die Einigung in letzter Minute kann nun das jetzige Europaparlament noch im April dem Gesetzentwurf zustimmen. [ej]

► Mitteilung des Umweltausschusses:
www.kurzlink.de/envi05032014

► Stellungnahme EEB:
www.kurzlink.de/eeb05032014

Waldschutz I

Illegaler Holzeinschlag wird nicht EU-weit gehandelt

■ In vielen EU-Staaten wird die Verordnung zum Handel mit forstwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht oder nur in Teilen umgesetzt. Zu dem Ergebnis kommt die im Februar veröffentlichte Untersuchung der europäischen Umweltorganisation ClientEarth. Der Umweltverband hatte die Umsetzung der EU-Verordnung zum Handel mit Holz und Holzserzeugnissen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten untersucht. Die Verordnung trat im März 2013 in Kraft. Laut ClientEarth haben Estland, Griechen-

land, Ungarn, Italien, Litauen, Malta, die Slowakei und Spanien die EU-Vorgaben bisher nicht umgesetzt. Lettland habe auf die Anfrage nicht geantwortet. Auch das Ausmaß und die Strenge der Strafverfolgung variieren stark innerhalb der EU. So gibt es in Österreich und Kroatien teilweise keine Strafen für Verstöße gegen die Verordnung. Bisher hätte allein Deutschland die Verordnung umfassend in der nationalen Gesetzgebung verankert.

Deshalb fordert ClientEarth die EU-Kommission auf, stärkere Bemühungen zur Durchsetzung der Verordnung zu unternehmen und Staaten, die das Gesetz nicht umsetzen, zu sanktionieren. Bis zum 30. April 2015 müssen EU-Länder erste Berichte zur nationalen Umsetzung der Verordnung an die EU-Kommission liefern. ClientEarth wird die Umsetzung in den Mitgliedstaaten weiterhin beobachten. [ej]

► Bericht von ClientEarth (engl.):
www.kurzlink.de/cleatimbreg

Bodenschutzrichtlinie

Verhandlungen auf Eis

■ Nach einer Debatte über die Zukunft der seit 2007 blockierten EU-Richtlinie zum Bodenschutz haben die Umweltmi-

Gut, sauber und fair.
Das Slow Food Magazin

Jetzt im Zeitschriftenhandel
oder im Abonnement unter
www.slow-food-magazin.de



Slow Food®
Deutschland e.V.

Testen Sie
das Slow Food
Magazin
3 Ausgaben lang
im günstigen
Probeabo!



nisterInnen im Umweltrat im März entschieden, den Entwurf auf Eis zu legen. Damit war die Sperrminorität, zu der neben Frankreich und Großbritannien auch Deutschland gehört, mit ihrer Blockadehaltung erfolgreich.

Laut dem EU-Informationdienst ENDS Europe hat die Kommission aber weiterhin Hoffnung, dass es unter den Mitgliedstaaten Unterstützung für einen neuen legislativen Vorschlag gibt. Dass die Böden durch einen EU-weiten Rechtsrahmen geschützt werden sollen, hatten Kommission, Rat und EU-Parlament erst kürzlich im 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) festgeschrieben. Das 7. UAP wurde im Mitentscheidungsverfahren ausgehandelt und hat damit einen verbindlicheren Charakter als Kommissionsstrategien.

Das Europäische Umweltbüro zeigte sich enttäuscht von der Entscheidung der UmweltministerInnen. In Deutschland hatten sich Ende letzten Jahres die Bundesländer dezidiert für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zur EU-Bodenrichtlinie ausgesprochen. Daher gab es Hoffnung für eine mittelfristige Positionsänderung aus Deutschland und damit auf ein Aufbrechen der Sperrminorität. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist keine Haltung zum EU-Bodenschutz festgeschrieben.

Die EU-Kommission hatte die Rücknahme ihres Vorschlags selbst in die De-

batte eingebracht, als sie im Oktober letzten Jahres die REFIT-Mitteilung veröffentlicht und sich damit selbst ein Ultimatum gesetzt hatte. Mit dem REFIT-Programm will die Europäische Kommission Rechtsvorschriften vereinfachen und den bürokratischen Aufwand in einigen Bereichen verkleinern. **[am]**

- ENDS Europe: www.ENDSEurope.com
- DNR-Factsheet zum 7. UAP: www.kurzlink.de/dnr7uap

Waldschutz II

Waldzustandsbericht 2013

■ Der Zustand deutscher Wälder verbessert sich leicht. Das geht aus dem im März veröffentlichten Waldzustandsbericht der Bundesregierung hervor.

Laut Bundesregierung geht es vor allem Buchen und Fichten gut. Eichen erholen sich trotz anhaltender Belastungen durch Raupen und Mehltau leicht. Trotzdem sind 42 Prozent schwer beschädigt. Insgesamt weisen 38 Prozent des Waldes keine Schäden an den Baumkronen auf. Demgegenüber sind 39 Prozent der Bäume leicht und 23 Prozent schwer geschädigt. Die durchschnittliche Kronenverlichtung hat sich somit seit 2012 von 19,2 auf 18,8

Prozent verringert. Die Kronenverlichtung beschreibt die Abweichung von einem voll benadelten beziehungsweise belaubten Baum und dient als Maß der Bewertung des Waldzustandes.

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) fordert angesichts der hohen Anzahl geschädigter Bäume mehr erneuerbare Energien, um die Emissionen fossiler Energieträger zu verringern. „Inzwischen stressen den Wald noch mehr Faktoren. Die hohe Stickstoffbelastung steigt jährlich um weitere 1,5 Prozent. Die geschwächten Bäume haben inzwischen weniger Kraft, sich dem Insektenfraß und Pilzbefall zu widersetzen. Und die Trockenphasen infolge des Klimawandels verschlechtern die Bedingungen für unsere Bäume zusätzlich“, sagte SDW-Präsident Wolfgang von Geldern. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) kritisiert, dass im aktuellen Waldzustandsbericht die hohen Stickstoffbelastungen aus Verkehr und der Landwirtschaft nicht erwähnt werden und weist auf die problematische Struktur deutscher Wälder hin, die ebenfalls nicht genügend im Bericht berücksichtigt würde. So bestünden laut NABU fast die Hälfte der Wälder aus nur einer Baumart und wiesen kaum gemischte Altersstrukturen auf. „Es fehlt vielfach an der natürlichen Zerfalls- und Alterungsphase, die für einen gesunden Wald wichtig ist. Die schon heute prekäre



Lehrjahre eines Gärtners

Für die einen sind sie Orte der Entspannung, für andere Orte, an denen Tomaten wachsen oder Rosen blühen. Für Michael Pollan sind Gärten Orte, in denen Natur und Kultur sich begegnen – und die daher zu allerhand Gedankenspielen inspirieren. Pollan macht den Leser nicht nur mit der politischen Dimension des Bäumeppflanzens vertraut, er lädt ihn auch ein, über Klassenkonflikte nachzudenken oder Sex im Garten. »Meine zweite Natur« ist ein Grenzgänger, eine wunderbare Mischung aus Belletristik, Autobiografie und Kulturgeschichte.

M. Pollan

Meine zweite Natur

Vom Glück, ein Gärtner zu sein

368 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-457-9
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

oekom

Lage für über 2.000 Pilz- und Käferarten, die auf einen Wald mit großen Mengen an Totholz und natürlichen Strukturen angewiesen sind, werde sich weiter verschärfen“, sagte NABU-Waldexperte Stefan Adler.

Etwa ein Drittel Deutschlands ist von Wald bedeckt. Die häufigsten Baumarten sind Fichten (28 Prozent), Kiefern (24 Prozent), Buchen (15 Prozent) und Eichen (10 Prozent). Wälder sind wichtig für den Klimaschutz, denn sie binden und speichern Kohlenstoffdioxid. Die Bewirtschaftung und Luftschadstoffe beeinflussen den Zustand von Wäldern. Der Klimawandel birgt zusätzliche Risiken.

Anpassungsstrategien für Wälder an den Klimawandel wollen auch das Bundesumweltministerium (BMUB) und das Bundeslandwirtschaftsministerium mit dem neuen Waldklimafonds erarbeiten. Der Fonds existiert seit vergangem Jahr. Im März startete bei Münster eines der ersten Projekte, dessen Ziel ist zu untersuchen, wie sich der Wasserhaushalt von Wäldern stabilisieren lässt. Dazu soll die bisherige Entwässerung durch naturraumtypische Wasserverhältnisse ersetzt werden. Die Maßnahmen sollen auch die Lebensbedingungen von Arten wie dem Feuersalamander, der Kreuzotter, dem Mittelspecht und dem Wespenbussard verbessern. „Wir wollen herausfinden, wie unsere Wälder auch lange Trockenperioden überstehen können, damit sie langfristig gesund bleiben“, sagte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/sdw10032014
- ▶ www.kurzlink.de/nabu14032014
- ▶ www.kurzlink.de/bmub036/14

Vogelschutz

Erste Rote Liste für Wandervögel

■ Ein Viertel aller in Deutschland rastenden Zugvogelarten ist in ihrem Bestand gefährdet. Das geht aus der Roten Liste wandernder Vogelarten für Deutschland hervor, die der Deutsche Rat für Vogel-

schutz (DRV) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) herausgegeben haben.

Der DRV ist ein Fachgremium aus dem Zusammenschluss deutscher Vogelschutzverbände und -behörden. Anfang März hat er erstmals diese Liste veröffentlicht. Bisher erfasst die Rote Liste nur in Deutschland brütende Arten. Nun wurden auch die etwa 500 Millionen durchziehenden oder überwinternden Zugvögel der 279 in Deutschland auftretenden wandernden Arten berücksichtigt. Die neue Liste ergänzt somit die Rote Liste für Brutvögel.

25 Prozent der Zugvogelarten gelten nach der neuen Roten Liste als gefährdet. Weitere zehn Prozent stehen auf der Vorwarnliste. Grundsätzlich sind laut der Liste Arten, die bis südlich der Sahara fliegen, wesentlich stärker bedroht als Vögel, die lediglich innerhalb Europas wandern. Insgesamt geht es nicht heimischen Vögeln aber etwas besser als in Deutschland brütenden Vögeln. Die Hälfte aller Brutvogelarten in Deutschland gilt als bedroht.

Des Weiteren zeigt die Liste die Bedeutung Deutschlands für Wandervögel wie die Brandgans, die Samtente oder den Knutt. So überwintert beispielsweise ein großer Teil des bedrohten Weltbestands der Samtente in der Ostsee. Dort wird die Population allerdings durch Beifang in Fischernetzen dezimiert.

Umweltverbände fordern deshalb, die EU-Vogelschutzgebiete wirksamer zu schützen und die Bonner Konvention, das UN-Abkommen zum Schutz von Zugvögeln umzusetzen und die Jagd auf Vogelarten, deren Bestand abnimmt, zu verbieten. „Zugvögel kennen keine Grenzen, und damit hängt der Schutz von Zugvögeln von der internationalen Zusammenarbeit ab. Dafür gibt es mit der EU-Vogelschutzrichtlinie und dem dazugehörigen Netz von Vogelschutzgebieten in Europa eine hervorragende gesetzliche Grundlage“, sagte Lars Lachmann vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) und Mitherausgeber der Liste.

Die vollständige Rote Liste wandernder Vogelarten wurde in „Berichte zum Vogelschutz“ (Band 49/50) vom DRV und

NABU veröffentlicht. Eine Zusammenfassung ist auch online zugänglich. [ej]

- ▶ Rote Liste: www.kurzlink.de/zsvvogelliste
- ▶ Mitteilung NABU: www.kurzlink.de/nabu100314

TIERSCHUTZ & ETHIK

Deutsches Tierschutzgesetz

Verstoß gegen EU-Recht?

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat bei der Europäischen Kommission Beschwerde gegen Deutschland eingereicht. Der Verband kritisiert, dass die Bundesregierung die EU-Tierversuchsrichtlinie nicht korrekt in deutsches Recht umgesetzt habe.

Im Januar untersagte das Bundesverwaltungsgericht Genehmigungsbehörden Tierversuche abzulehnen, die sie als ethisch nicht vertretbar ansehen. Der Deutsche Tierschutzbund moniert, dass dadurch die Prüferlaubnis der Behörden stark eingeschränkt sei. So müssen die Behörden die beantragten Tierversuche unter anderem nicht mehr auf die Rechtfertigung zum Tierleid überprüfen, wie in der EU-Richtlinie gefordert. Stattdessen reichen wissenschaftlich begründete Angaben der Antragsteller. Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes Thomas Schröder beanstandet, dass mit dem Beschluss das Staatsziel Tierschutz ausgehebelt werde und das deutsche Tierschutzgesetz gegen die EU-Tierversuchsrichtlinie verstoße. [rm]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, E-Mail: bg@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

Käfighaltung

Mehr Bewusstsein bei Kaninchenfleisch?

■ Die Warenhauskette Galeria Kaufhof hat Kaninchenfleisch aus Käfighaltung aus ▶

ihrem Sortiment gestrichen. Ab dem ersten April verkauft das Kaufhaus nun nur noch Kaninchenfleisch aus Bodenhaltung.

Andrea Berg von Vier Pfoten Deutschland sagte dazu: „Wir freuen uns sehr über den Entschluss von Kaufhof, denn die Käfighaltung von Kaninchen bedeutet immer immense Tierquälerei.“ Die Stiftung für Tierschutz setzt sich schon seit Jahren für die artgerechte Haltung von Kaninchen ein. Bei der Käfighaltung leben Kaninchen in kleinen Drahtgitterkäfigen und können Verhaltensstörungen wie Kannibalismus entwickeln. Auch haben die Tiere meistens abgeissene Ohren und wunde Läufer.

Jedes Jahr werden in Deutschland etwa 41.000 Tonnen Kaninchenfleisch verbraucht. Dafür sterben umgerechnet rund 30 Millionen Kaninchen. Trotzdem gibt es derzeit weder in Deutschland noch in der EU gesetzliche Regelungen zur Haltung, zum Transport und zur Schlachtung der Tiere. [rm]

- Vier Pfoten, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 399249-0, E-Mail: office@vier-pfoten.de, www.vier-pfoten.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europawahl

Alles neu macht der Mai

■ Am 25. Mai 2014 dürfen in Deutschland alle EU-Bürgerinnen und Bürger über 18 Jahre die 96 deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments wählen. Das ist eine Gelegenheit, die Richtung der EU-Politik bis 2019 mitzubestimmen. Alle Parteien haben mittlerweile ihre Wahlprogramme verabschiedet, ihre Kandidatenlisten aufgestellt und ihre Spitzenkandidaten gekürt. Der Spitzenkandidat der europäischen Partei mit den meisten Stimmen soll neuer Kommissionspräsident werden. Die EU-Politiker Jean-Claude Juncker (EVP) und Martin Schulz (S&D) haben die größten Chancen auf den Posten.

Drei Monate vor der Europawahl hat das Bundesverfassungsgericht die Drei-Prozent-Hürde gekippt. Für viele kleine Parteien bedeutet das die Chance, bei der Wahl am 25. Mai ins Europäische Parlament einzuziehen. Dies könnte bei gleichbleibend niedriger Wahlbeteiligung den rechtsradikalen und europaskeptischen Parteien nützen und ihren Einzug in das Europäische Parlament ermöglichen (siehe auch Kommentar S. 23). Der aktuelle Stand und die Neuerungen zur Europawahl 2014 sind kompakt in einem aktualisierten DNR-Steckbrief zusammengefasst.

Zusammen mit den DNR-Mitgliedsorganisationen hat die EU-Koordination vier umweltpolitische Kernforderungen zur Europawahl erarbeitet. Schwerpunkte sind Klima- und Energiepolitik, Agrarpolitik, die Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada sowie Naturschutz und Biodiversität (siehe auch S. 28). Im April gehen diese Forderungen gemeinsam mit vier Fragen an die KandidatInnen. Die Antwort auf die Fragen veröffentlicht der DNR in einem Kandidatencheck. [bv]

- DNR-Steckbrief zur Europawahl: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europawahl-2014.pdf
- Kernforderungen: www.eu-koordination.de/PDF/umweltpolitische_kernforderungen_europawahl2014.pdf

Umweltverträglichkeit

Stärkung der UVP-Richtlinie kommt

■ Eine Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments hat im März der im Trilog erzielten Einigung zur Revision der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zugestimmt.

Die Revision umfasst Verbesserungen auf europäischer Ebene, die in Deutschland teilweise bereits umgesetzt werden. Die Experten, die mit der Durchführung der Umweltverträglichkeitsstudie beauftragt werden, müssen künftig „fachlich

geeignet, objektiv und unabhängig“ sein. Zudem muss die betroffene Öffentlichkeit besser informiert und beteiligt werden und weitere Projekte unterliegen der UVP-Pflicht. Die Öffentlichkeitsbeteiligung soll durch ein zentrales Portal erleichtert werden.

Zukünftig werden auch Ressourceneffizienz, Klimawandel, Biodiversität und Katastrophenvorsorge sowie die die Hydromorphologie bei der Umweltverträglichkeitsprüfung berücksichtigt. Auch sollen nunmehr die kumulativen Auswirkungen von Projekten Berücksichtigung finden. Dadurch können große Projekte nicht mehr durch „Salamitaktik“ in kleine Projekte, die nicht der UVP-Pflicht unterliegen, aufgeteilt werden. Zudem müssen die Entwickler zukünftig zur Begründung ihrer Entscheidung die geprüften Alternativen aufzeigen.

Die Grünen und Linken stimmten gegen eine Einigung in erster Lesung, weil der Kompromiss keine UVP-Pflicht für Schiefergasförderung und -aufsuchung und keine Umweltverträglichkeitsprüfungen für An- und Abflugrouten an Flugplätzen vorsehe.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßt die Revision, da sie nach Umsetzung zu einer Stärkung der Richtlinie führe. Die UVP-Richtlinie sei eines der wichtigsten Instrumente für den Umwelt- und Gesundheitsschutz. Und die Anpassung der Richtlinie an die wissenschaftlichen und politischen Fortschritte der letzten 30 Jahre sei überfällig gewesen. Obwohl die Revision der Richtlinie nicht alle NGO-Erwartungen erfülle, seien einige Schlupflöcher gestopft worden. Auch wenn die Revision der UVP-Richtlinie nun keine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung für Schiefergasförderung enthalte, könnten Projektentwickler durch das Verbot der „Salamitaktik“ nicht mehr fünf kleine Schiefergasbohrungen im selben Gebiet ohne UVP-Richtlinie durchführen. Nun muss noch der Ministerrat der im Dezember im Trilog erzielten Einigung zustimmen. [bv]

- EU-Umweltnews: www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/2545

Strategie Europa 2020

Bestandsaufnahme zur Revision

■ Die EU-Kommission hat im März eine gemischte Bilanz der Umsetzung ihrer Wachstumsstrategie Europa 2020 gezogen.

Die EU ist demnach auf einem guten Weg, bis 2020 ihre Bildungs-, Klima- und Energieziele zu erreichen, jedoch nicht die Beschäftigungs-, Forschungs- und Entwicklungs- oder Armutsziele. So gebe es ein wachsendes Wirtschaftsgefälle zwischen den Mitgliedstaaten und einzelnen Regionen und eine zunehmende Ungleichheit der Wohlstands- und Einkommensverteilung.

Die fünf Ziele der Strategie Europa 2020 sollen durch das Europäische Semester national umgesetzt werden und sind das Gerüst für die Prioritäten des Jahreswachstumsberichts und die länderspezifischen Empfehlungen.

Die Kommission will noch im März eine öffentliche Konsultation auf Grundlage der Analyse schalten. Anfang 2015 will sie Vorschläge unterbreiten, wie die Strategie künftig ausgestaltet werden soll.

Umweltverbände kritisieren unter anderem, dass die Strategie Europa 2020 die EU-Nachhaltigkeitsstrategie ersetzen soll, obwohl sie kein Ersatz ist. Ein Kritikpunkt ist, dass dort nur Klima- und Energieziele, nicht aber Ressourcenziele verankert sind. [bv]

- ▶ Studie: www.ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking_de.pdf
- ▶ MEMO (engl.): www.europa.eu/rapid (Search: MEMO/14/149)
- ▶ DNR-Steckbrief Europa 2020: www.eu-koordination.de/PDF/europa2020.pdf

Umwelt- und Ressourcensteuern

Studie empfiehlt Umstieg

■ Eine im März von der EU-Kommission veröffentlichte Studie empfiehlt eine Verlagerung der Besteuerung von Arbeit hin zu Ressourcenverbrauch und Umweltver-

Europawahl – ohne Hürden auf die Zielgerade

Das Verfassungsgericht hat die Sperrklausel für die EU-Wahl gekippt, eine weitere Zersplitterung des EU-Parlaments droht. Das ist zwar ärgerlich, aber auch ein Appell für echten demokratischen Schlagabtausch, finden Bjela Vossen und Daniel Hiß.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Die im Sommer 2013 vom Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedete Drei-Prozent-Hürde für die Europawahl verstößt gegen das Grundgesetz. Bereits 2011 hatten die VerfassungsrichterInnen die bis dato gültige Fünf-Prozent-Hürde gekippt. Wer die damalige Urteilsbegründung aufmerksam gelesen hatte, den konnte das neue Urteil nicht überraschen. Grundsätzlich sei eine Sperrklausel nur dann zulässig, wenn andernfalls die Funktionsfähigkeit des Parlaments gefährdet ist, hieß es vor drei Jahren und heißt es auch heute. Nach Ansicht der RichterInnen besteht diese Gefahr für das Europaparlament nicht. Denn im Gegensatz zum Bundestag brauche das Europaparlament keine stabile Mehrheit für die Wahl und Unterstützung einer Regierung.

Als überzeugte DemokratInnen können wir den Richterspruch begrüßen. Immerhin sorgt er für Wahlrechts- und Chancengleichheit für die demokratischen Parteien in Deutschland. Als überzeugte EuropäerInnen erfüllt uns das Urteil aber auch mit großer Sorge. Nicht zuletzt verspüren wir auch Ärger über die Abwertung und Missachtung der Arbeit des EU-Parlaments. Bei den EU-Wahlen 2009 wären ohne Sperrklausel sieben weitere Parteien aus Deutschland in das Europäische Parlament eingezogen: Freie Wähler, Republikaner, Tierschutzpartei, Familien-Partei, Piraten, Rentner-Partei und die ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei). Nun reicht gut ein Prozent der Stimmen, um ein Mandat im EU-Parlament zu erlangen.

Bereits jetzt ist absehbar, dass im neuen Europaparlament mehr Abgeordnete rechtspopulistischer Parteien und Europaskeptiker sitzen werden. Auch eine weitere Zersplitterung des Europäischen Parlaments scheint unausweichlich. Dass das die Arbeit des Parlaments nicht beeinträchtigen wird, darf bezweifelt werden. Einfluss und Macht der EU sind in den letzten Jahren gewachsen. Ein Großteil der nationalen Politik wird mittlerweile von der EU bestimmt und dabei spielt das Europäische Parlament eine immer wichtigere Rolle. Da ist es bedenklich, wenn eine Zersplitterung

die Mehrheitsuche in der einzigen demokratisch legitimierten EU-Institution erschwert und das Parlament sogar blockieren könnte. Derzeit verteilen sich im Europaparlament 766 Abgeordnete auf sieben Fraktionen und eine Gruppe der Fraktionslosen. Wir können nur zuschauen, wie sich die Fraktionslandschaft zukünftig verändern wird.

Bei den deutschen Parteien ist die neue Rolle von EU und Europaparlament inzwischen angekommen. Das alte Motto „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“ gilt nicht mehr. Bis zum Verfassungsgericht ist die neue politische Realität aber noch nicht durchgedrungen. Dennoch sollten wir das Urteil als Appell verstehen, Sperrklauseln künftig nicht mehr als Schutzwall gegen unliebsame politische Meinungen und rechtspopulistisches Gedankengut zu begreifen. Stattdessen gilt es, den offenen demokratischen Schlagabtausch zu suchen und mit Argumenten zu überzeugen. Gerade jetzt lohnt es sich für Europa zu werben. Nur eine lebendige Demokratie nimmt die Menschen mit und ist das beste Rezept gegen immer weitersinkende Wahlbeteiligung. Diese lag bei der letzten Europawahl 2009 in Europa bei 43 Prozent, in Deutschland nur knapp darüber – bei 43,3 Prozent. Das ist deutschland- und europaweit eine um etwa 20 Prozentpunkte geringere Wahlbeteiligung als bei der ersten Europawahl 1979 – und das, obwohl Bedeutung und Machtbefugnisse des Parlaments seither deutlich gewachsen sind.

Eine geringe Wahlbeteiligung spielt vor allem rechtspopulistischen und europaskeptischen Parteien in die Karten. Aber: Wir haben die Wahl für ein anderes Europa – dafür müssen wir mobilisieren und natürlich selber am 25. Mai wählen gehen.

Bjela Vossen und Daniel Hiß arbeiten für die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings und koordinieren die Verbändeaktivitäten zur Europawahl.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, E-Mail: eu-info@dnr.de, www.eu-koordination.de

schmutzung sowie den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Die Studie zum Potenzial für Ökosteuern wertet Daten aus zwölf Mitgliedstaaten aus. Deutschland ist nicht darunter.

Die Verlagerung der Besteuerung von Arbeit auf Umweltverschmutzung, wie beispielsweise höhere Steuern für die Verursacher von Luft- und Wasserverschmutzung, könnte laut Studie EU-weit Einnahmen in Höhe von 35 Milliarden Euro im Jahr 2016 und von 101 Milliarden Euro im Jahr 2025 generieren. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen würde diese Einnahmen noch sehr viel weitersteigern. Die Studie soll in das Europäische Semester einfließen, einen Mechanismus, der die Wirtschaftspolitik in den Ländern der Europäischen Union koordinieren soll.

EU-Umweltkommissar Janez Potocnik erläuterte: „Ökologische Steuerreformen haben das Potenzial, die derzeitigen staatlichen Steuereinnahmen fast zu verdoppeln. Neben Vorteilen für unsere Umwelt besteht auch Spielraum, um Steuer auf Arbeit zu senken oder Haushaltsdefizite abzubauen.“ Laut dem Taxation Trends Report von 2013 liegt Deutschland im europäischen Vergleich der Umweltsteuern auf Platz 21 und belegt damit einen der letzten Ränge. [bv]

- ▶ PM EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Search: IP/14/202)
- ▶ Studie (engl.): www.kurzlink.de/study-envi-tax
- ▶ DNR-Steckbrief: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europaeisches-semester.pdf

Transparenz

EU-Ausschüsse nennen künftig Ross und Reiter

■ Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden die endgültigen Abstimmungen in den Ausschüssen demnächst namentlich durchführen. So soll auch in Ausschusssitzungen öffentlich gemacht werden, welcher Abgeordnete wie abgestimmt hat. Bei Plenarsitzungen ist das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bereits öffentlich.

Das Parlamentsplenium hat die Neuregelungen im Februar beschlossen und sie treten bereits ab Mitte März in Kraft. Die neuen Verfahrensregeln betreffen alle entscheidenden Abstimmungen über legislative Texte sowie Resolutionen. Bei nicht verbindlichen Resolutionen war es bisher nicht erforderlich, die Namen der abstimmenden Abgeordneten zu nennen. Für dieses transparentere Verfahren werden die Artikel 166 und 195 (3) der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments geändert. [mbu]

- ▶ Geschäftsordnung: www.kurzlink.de/ep-geschaeftsordnung

Nachhaltigkeit national

Strategie weiterentwickeln

■ Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat im Februar von der Bundesregierung eine Klarstellung gefordert, wie es mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie weitergeht. Der Nachhaltigkeitsrat plädiert für eine ambitionierte Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, für die er Kriterien und konkrete Ansatzpunkte nennt.

Zudem solle Deutschland die Debatte um die neuen, nachhaltigen Entwicklungsziele der UN vorantreiben. Dazu arbeitet auch das Forum Umwelt & Entwicklung des DNR. Mit einer Ausarbeitung zum Thema Ressourceneffizienz will der RNE die Sustainable Development Goals (SDGs) konkretisieren und die Grundzüge und politischen Konsequenzen globaler Nachhaltigkeitsziele aufzeigen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/rne-2014-02
- ▶ www.forumue.de/projekte/rio-20

Umweltverbände

Klagen im Namen der Natur

■ Deutsche Umweltverbände nutzen durchschnittlich zwölfmal im Jahr das Verbandsklagerecht, um gegen umweltschäd-

liche Industrieanlagen oder Infrastrukturprojekte vorzugehen. Zu diesem Ergebnis kam eine Mitte Februar im Auftrag des Umweltbundesamts veröffentlichte Studie des Öko-Instituts und der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) der Hochschule Darmstadt. Demnach hatten die deutschen Verbände zwischen 2006 und 2012 58 Klagen nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz erhoben. Etwa die Hälfte der Klagen war ganz oder zumindest teilweise erfolgreich. Der Projektleiter des Öko-Instituts Falk Schulze zeigte sich zufrieden mit diesem Ergebnis: „Wir sehen, dass die Verbände von ihrem Recht, als Anwalt der Umwelt aufzutreten, sehr verantwortungsvoll Gebrauch machen. Von den mehr als 700 Umweltverträglichkeitsprüfungen, die jährlich durchgeführt werden, beklagen die Verbände nur 1,7 Prozent. Erst seit 2006 haben Verbände in Deutschland die Möglichkeit, Klagen „im Namen der Natur“ zu führen. [lh]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/studie-verbandsklage
- ▶ Pressemitteilung Öko-Institut: www.kurzlink.de/oeko-institut-studie

Abgeordnetenbestechung

Neues Gesetz gegen Korruption

■ Ende Februar hat der Bundestag ein schärferes Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung verabschiedet. Damit kann jetzt endlich auch Deutschland das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption ratifizieren. Zehn Jahre ist es inzwischen her, dass Deutschland den völkerrechtlichen Vertrag unterschrieben hat. Der Bundestag konnte sich bis jetzt aber noch nicht zu einer rechtskräftigen Bestätigung durchringen. Das lag vor allem an den Fraktionen CDU/CSU und FDP, die erst im letzten Jahr einen entsprechenden Gesetzesentwurf abgelehnt hatten.

Das Übereinkommen gegen Korruption verpflichtet die unterzeichnenden UN-Mitgliedstaaten, gegen die Bestechung von Amtsträgern und auch im internationalen

Rahmen gegen Korruption vorzugehen. Japan, Nordkorea, Sudan und Syrien – und bis vor Kurzem eben auch Deutschland – gehören zu den wenigen Ländern, die das Abkommen bis jetzt noch nicht umgesetzt haben. Eine entsprechende rechtskräftige Abstimmung im Bundestag soll deshalb noch in diesem Jahr durchgeführt werden.

Der Verband LobbyControl hält das neue Gesetz aber für nicht weitreichend genug. So sei es zum Beispiel weiterhin erlaubt, Abgeordneten als Dankeschön etwas zu schenken. Trotzdem sei das Gesetz ein enormer Fortschritt. Denn bisher war nur der direkte Stimmenkauf für eine Abstimmung in Deutschland strafbar. [lh]

► www.kurzlink.de/lobby-pressmitt0214

VERKEHR & TOURISMUS

Verkehrsemissionen I

Schwache CO₂-Grenzwerte für Pkws

■ Ende Februar hat das EU-Parlament dem Gesetzesentwurf für neue CO₂-Grenzwerte für Pkws zugestimmt. Der

Entwurf geht auf eine Einigung mit dem Rat zurück und entspricht den ambitionierten Forderungen der Bundesregierung. Demnach sollen Autos maximal 95 Gramm CO₂ pro Kilometer (g/km) ausstoßen dürfen. Dieser Richtwert soll ab 2020 jedoch nicht für die gesamte, sondern lediglich für 95 Prozent der Fahrzeugflotte gelten. Außerdem sollen Hersteller bis 2023 durch sogenannte Super-Credits besonders emissionsarme Fahrzeuge mehrfach auf den Flottendurchschnittsverbrauch anrechnen können. Somit läge der tatsächliche durchschnittliche CO₂-Ausstoß 2020 bei 98 g/km.

ParlamentarierInnen der Opposition kritisieren die Einigung. Diese sei zu schwach und von der deutschen Bundesregierung zugunsten der deutschen Automobilindustrie erzwungen. Denn letzten Sommer ist eine bereits erzielte Einigung auf Druck Deutschlands nicht angenommen worden. „Der heute verabschiedete Kompromiss ist ein Geschenk an die deutsche Automobilindustrie. Da 2020 die schmutzigsten fünf Prozent der Neuwagenflotte ausgenommen werden und drei Jahre lang besonders emissionsarme Fahrzeuge mehrfach angerechnet werden können, wird das 95-Gramm-Ziel effektiv erst mit dreijähriger Verspätung erreicht werden“, sagte Rebecca Harms von den Europäischen Grünen. Nun muss der Ministerrat noch der Einigung zustimmen. [ej]

- Mitteilung des Parlaments: www.kurzlink.de/euoparl250214
- Stellungnahme Rebecca Harms: www.kurzlink.de/rh250214

Verkehrsemissionen II

Weniger Luftverschmutzung durch Autos

■ Die Feinstaubbelastung durch den Straßenverkehr ist 2013 in Deutschland um 19 Prozent gesunken. Während der Jahresmittelwert 2005 bei 30 Mikrogramm pro Quadratmeter lag, betrug er vergangenes Jahr 24,25 Mikrogramm pro Quadratmeter. Das geht aus einer Auswertung von Daten des Umweltbundesamtes durch den Auto Club Europa (ACE) hervor. Grundlage der Untersuchung sind Aufzeichnungen von 134 deutschlandweit aufgestellten Messstationen. Der kritische Jahresmittelwert wurde laut ACE 2013 an keiner Station überschritten. 2005 gab es noch vier Überschreitungen. Die kritischen Tagesmittelwerte hingegen wurden an fast 10 Prozent der Messstationen an mehr als 35 Tagen überschritten. 2010 waren dies noch 31 Prozent.

Auch Neuwagen verursachen weniger Emissionen. Das hat der Verband der Au-



zoll+ die österreichische Schriftenreihe für Landschaft und Freiraum

Wir bieten ein Forum für Planungsthemen und stehen für die konstruktive Auseinandersetzung mit Fragen urbaner und ruraler Freiräume und Landschaften. In jeder Ausgabe wird ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, diskutiert und bearbeitet. Umfang: ca. 100 Seiten, erscheint zweimal jährlich

GÜNSTIGES PROBEABO:

Für das Jahr 2014 zum Auslands-Preis von 40€ statt 45€ (inkl. Versand)

Mehr Informationen unter: <http://www.foruml.at/>, Bestellung an: office@foruml.at

Inhalt *sichtbar*: Gemeinschaftsgärten in der Stadt, Frauen in der Gartenkultur, „shared space“ Innsbruck, biocultural landscapes, Klimawandel im Wald, soziale Landwirtschaft...

Forum Landschaftsplanung (forumL) | zoll+ Österreichische Schriftenreihe für Landschaft und Freiraum | ZVR-Nr. 492941810
Wiedner Hauptstraße 54/12 | A-1040 Wien – Österreich/Austria
e-mail: office@foruml.at

tomobilindustrie (VDA) laut Medienberichten Anfang März mitgeteilt. Demnach stießen deutsche Neuwagen 2013 durchschnittlich 3,8 Prozent weniger CO₂ aus als 2012. Der Durchschnittsausstoß von Kohlendioxid pro Kilometer lag 2013 laut VDA somit bei 135,7 Gramm pro Kilometer (g/km). Bei importierten Autos ist der Ausstoß im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent gesunken. Die Fahrzeuge deutscher Hersteller sind im Durchschnitt größer, schwerer und deshalb umweltschädlicher.

Bis 2015 dürfen Neuwagen in der EU im Durchschnitt nur noch 130 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Bis 2020 soll der durchschnittliche CO₂-Ausstoß laut Plänen der EU auf 95 g/km begrenzt werden. [ej]

- Mitteilung des ACE: www.kurzlink.de/ace040314
- Die Welt online: www.kurzlink.de/welt19022014

Emissionshandel im Flugverkehr

Steht die Uhr bis 2016?

■ Bis Ende 2016 sollen außereuropäische Flüge, die europäischen Luftraum passieren, weiterhin vom Luftfahrtemissionshandel ausgenommen werden. Darauf einigten sich das EU-Parlament, die Kommission und der Ministerrat im März.

Dem Kompromiss zufolge soll ab 2017 die vorherige und derzeit ausgesetzte Regelung wieder greifen, wenn bis dahin keine internationale Regelung zu Luftverkehrsemissionen vereinbart worden ist. Seit Mai 2013 gilt in der EU die sogenannte „Stop-the-Clock-Regelung“, die für die Dauer eines Jahres Flüge, die den europäischen Luftraum lediglich passieren, vom EU-Luftfahrtemissionshandel befreit. Damit sollte Raum für eine Regelung auf internationaler Ebene geschaffen werden. Bisher haben internationale Verhandlungen zu keinen Ergebnissen geführt. Die ursprüngliche Regelung sah den Emissionshandel für alle Flüge vor.

Die Regelung ist umstritten. Laut Matthias Groote (S&D), dem Vorsitzenden des Umweltausschusses des Europäischen

Parlaments, steht deshalb auch nicht fest, ob der Umweltausschuss und die VertreterInnen der Mitgliedstaaten der neuen Einigung zustimmen werden. Auch wenn der Kompromiss bis zum 30. April nicht bestätigt wird, greift die alte Regelung und alle Flüge werden in den Emissionshandel einbezogen.

Die Grünen im Europaparlament kritisieren den Kompromiss. „Angesichts der stetig wachsenden Emissionen des Luftverkehrs – seit 1990 sind diese um 80 Prozent gestiegen –, ist dieses Verhandlungsergebnis nicht nur enttäuschend, sondern zeigt auch, dass dem Ministerrat jegliches Rückgrat gegenüber den klimafeindlichen Forderungen aus den USA, Russland und China fehlt“, sagte Michael Cramer von den Europäischen Grünen. [ej]

- EU-Parlament zu Emissionshandel im Luftverkehr: www.kurzlink.de/eu-flug-emiss03.2014
- Stellungnahme Michael Cramer: www.kurzlink.de/mc05032014

WASSER & MEERE

Rohstoffe

Abbau in Tiefsee rentabler, aber nicht ungefährlicher

■ Ende Februar haben MeereswissenschaftlerInnen aus Kiel und die Zeitschrift *Mare* den dritten *World Ocean Review* vorgestellt. Die AutorInnen des Berichts rechnen damit, dass der Rohstoffabbau aus tiefen Meeresregionen mit der Zeit bei steigenden Rohstoffpreisen und wachsendem Energieverbrauch rentabler wird. Dabei befassen sie sich mit dem ökonomischen Potenzial von mineralischen Rohstoffen wie Manganknollen oder Kobaltkrusten. Aus Sicht der ForscherInnen ist dabei ein Vorteil, dass es beim Abbau im Meer im Gegensatz zum Festland keine Landnutzungskonflikte gebe. Dem gegenüber stünden allerdings Nachteile wie die hohe Umweltbelastung. Lärm und Vibrationen

beim Abbau stellen beispielsweise eine erhebliche Störung für Wale und Delfine dar. Allgemein bestehe auch ein erhöhtes Risiko von Unfällen wie bei der Explosion der Ölplattform *Deepwater Horizon* im Jahr 2010. [rm]

- www.worldoceanreview.com

Blaues Wachstum

Maritime Raumverteilung künftig mit Plan

■ Unterhändler von Rat und EU-Parlament haben sich Anfang März auf die Richtlinie zur maritimen Raumplanung geeinigt. Ziel der Richtlinie ist, die Nutzung des Meeresraums zwischen den EU-Ländern besser zu koordinieren. So soll laut EU-Kommission eine höhere ökologische Nachhaltigkeit der vielfältigen Nutzung der Meere sichergestellt werden. Außerdem soll die Richtlinie es den Mitgliedstaaten vereinfachen, grenzüberschreitende Meeresschutzgebiete zu schaffen. Nötig geworden sei die Richtlinie wegen der wachsenden Ansprüchen an Meeresraum durch Sektoren wie Offshorewindkraft und Aquakulturen.

Der Ministerrat und das Plenum des EU-Parlaments müssen der Richtlinie noch zustimmen. [am]

- www.kurzlink.de/eucom-mar-spat-70314

EU-Meeresschutz

Umsetzung: mangelhaft

■ Die Europäische Kommission hat im Februar ihren Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) durch die Mitgliedstaaten veröffentlicht. Ihr Urteil fällt darin sehr kritisch aus. Stärkere Bemühungen seien dringend notwendig, damit die EU ihr Ziel eines guten ökologischen Zustands bis 2020 erreicht. So mangle es oft an regionaler Koordination sowie an der

Integration der Ziele in andere Politikbereiche. Die Kommission wird den EU-Mitgliedstaaten eine Reihe von Empfehlungen geben, deren Durchsetzung aber nicht verfolgen.

Das NGO-Bündnis Seas at Risk kritisierte besonders, dass einige Mitgliedstaaten offenbar vorhaben, die Empfehlungen erst nach 2018 umzusetzen. Dies würde den Mehrwert der MSRL untergraben und zu ineffektiven Maßnahmen führen, sagte die Geschäftsführerin Monica Verbeek. [am]

- ▶ Fortschrittsberichte:
www.kurzlink.de/eu-mar-reports0214
- ▶ www.seas-at-risk.org/news_n2.php?page=655

EU-Meereszustand

Schutzmaßnahmen vonnöten

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat im Februar einen Bericht (Marine Messages) über den Zustand der europäischen Meere und Ozeane veröffentlicht. Diese befinden sich in keinem guten Zustand, lautet das Resümee des Berichts. Gerade die kumulativen Auswirkungen verschiedener Wirtschaftsbereiche – Tourismus, Fischerei, Verkehr oder Offshore-Energie – gefährdeten die verletzlichen Ökosysteme.

Demnach sind rund 88 Prozent der Fischbestände im Mittelmeer und im Schwarzen Meer bedroht. Die fehlende Koordination der Maßnahmen zum Schutz der Meere wird in dem Bericht kritisiert. Ein weiteres regionales Problem ist die Überdüngung von Meeren, die in der Ostsee und dem Schwarzen Meer zu sogenannten toten Zonen führt, in denen der ideale Sauerstoffgehalt von acht Millilitern pro Liter Wasser weit unterschritten ist. Auch die schnelle Erwärmung der durchschnittlichen Wasseroberflächentemperatur durch den Treibhauseffekt ist der EEA zufolge ein großes Problem für die Ökosysteme. [EU-Umweltbüro, am]

- ▶ www.eea.europa.eu/publications/marine-messages

Plastikmüll

Von wegen schöne blaue Donau

Rund 4,2 Tonnen Plastikmüll gelangen täglich über die Donau ins Schwarze Meer. Das fanden Forscherinnen und Forscher der Universität Wien bei Gewässerproben im Jahr 2010 und 2012 heraus. Eigentlich wollten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Anteil an Fischlarven im Wasser überprüfen, doch dabei fanden sie mehr Plastik als Fische. Demnach kommen auf 1.000 Kubikmeter Wasser etwa 317 Plastikpartikel, aber nur 275 Fischlarven.

In der Summe spült die Donau jedes Jahr etwa 1.533 Tonnen Plastik ins Schwarze Meer. Wahrscheinlich ist es sogar noch mehr, denn die Studie zählt große Plastikteile nicht mit, weil diese häufig an der Wasseroberfläche schwimmen. Die Forscherinnen und Forscher gehen davon aus, dass auch zahlreiche andere Flüsse einen ähnlichen Grad der Verschmutzung aufweisen könnten: „Die Vermutung liegt natürlich sehr nahe, dass es sich dabei um ein globales Problem handelt“, sagte Aaron Lechner, Mitarbeiter des Forschungsteams. Bisherige Untersuchungen konzentrierten sich auf die Vermüllung der Ozeane.

Der Plastikmüll schadet vor allem dem Fischbestand in der Donau. Besonders gefährlich sind die kleinen Plastikteile, die Fische häufig für Nahrung halten. Im Körper der Tiere können die Plastikpartikel aber innere Verletzungen oder ein Sättigungsgefühl auslösen. Das verringert die eigentliche Nahrungsaufnahme und führt zum Tod der Tiere.

Weltweit werden jährlich mehr als 200 Millionen Tonnen Kunststoff produziert. Davon landen bis zu 26 Millionen Tonnen im Meer. 70 Prozent des Plastikmülls sinken auf den Meeresboden. Amerikanische Wissenschaftler hatten im vergangenen Jahr sogar auf 4.000 Meter Tiefe Plastikmüll nachgewiesen (umwelt aktuell 07.2013, S. 8). [lh]

- ▶ www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0269749114000475

Teilen, tauschen, besser leben

Es tut sich was. Überall entscheiden sich Menschen, ihre Zukunft und die ihrer unmittelbaren Umgebung selbst in die Hand zu nehmen. Die Bewegung, die sie eint und zusammenbringt, ist die der Transition Towns, in denen Umwelt- und Nachhaltigkeitsgruppen den Übergang in eine postfossile, relokalisierte Zukunft proben. Von der gemeinschaftlich betriebenen Weizenmühle bis zur Pflanzaktion für Schulkinder – Rob Hopkins' Buch ist voller inspirierender Projekte und Ideen aus aller Welt und macht Lust, die Ärmel hochzukrempeln und selbst anzupacken.

R. Hopkins

Einfach. Jetzt. Machen!

Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen

Mit einem zusätzlichen Kapitel aus Deutschland, ca. 184 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 Euro, ISBN 978-3-86581-458-6



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Konfliktmineralien

EU-Gesetzentwurf zu schwach

■ EU-Handelskommissar Karel de Gucht hat Anfang März den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zum Umgang mit Konfliktrohstoffen veröffentlicht. Der Entwurf sieht die Schaffung eines EU-Systems zur freiwilligen Selbstzertifizierung für Importeure derartiger Rohstoffe vor.

Die Finanzierung bewaffneter Konflikte soll so verhindert werden. Der Kommissionsvorschlag beschränkt sich allerdings auf Gold, Zinn, Wolfram und Tantal. Außerdem soll das vorgeschlagene Gesetz nur für Unternehmen gelten, die derartige Rohstoffe direkt auf den Markt bringen. Produkte, die bereits vor der Einfuhr konfliktbelastete Rohstoffe beinhalten, sind nicht betroffen.

Bereits im Jahr 2010 hatte das EU-Parlament die Kommission zum Handeln aufgefordert und auch in einem kürzlich veröffentlichten Bericht nochmals auf die Dringlichkeit einer stärkeren Kontrolle bei Rohstoffimporten hingewiesen. Das Parlament rät der Kommission sich an dem Beispiel der USA zu orientieren. Denn die USA sind mit dem Dodd-Frank-Act aus dem Jahr 2010 Vorreiter in diesem Gebiet. Anders als beim jetzigen Kommissionsvorschlag, der ein freiwilliges Instrument für Unternehmen vorsieht, beinhaltet der Dodd-Frank-Act rechtlich bindende Regeln zur Berichterstattung über Konfliktmineralien. Besonders wenn man bedenkt, dass die OECD bereits eine Anleitung zur Sorgfaltspflicht für Handelsströme von Konfliktrohstoffen hat, die von den meisten Mitgliedstaaten der EU unterstützt wird, erscheint der Kommissionsvorschlag wenig ambitioniert.

Sowohl deutsche als auch internationale Nichtregierungsorganisationen zeigten sich enttäuscht. „Die EU-Kommission kneift vor der Unternehmenslobby. Mit der Gesetzesinitiative hätte die EU wesentliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen in ihren globalen Lieferketten verbindlich festzuschreiben

können“, sagte Cornelia Heydenreich von der Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch. Im September sollen EU-Parlament und Ministerrat über den Vorschlag abstimmen. Dann könnte die Verordnung 2015 in Kraft treten. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/2014/0059/COD [engl.]
- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: IP/14/218)
- ▶ www.germanwatch.org/de/8267

TTIP

Widerstand wächst

■ Pünktlich zur vierten Verhandlungsrunde der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft von EU und USA (TTIP), die vom 10. bis 14. März in Brüssel stattgefunden hat, gab es erneut Kritik und neue Einblicke in das Abkommen.

Im Februar warnte das Europäische Parlament davor, das europäische Vorsorgeprinzip in den TTIP-Verhandlungen aufzugeben. Es sei eines der Grundprinzipien der EU und bei der vergleichsweise zurückhaltenden Position der EU zu genveränderten Organismen oder Hormonen im Rindfleisch eine große Rolle.

Anfang März startete das Bündnis TTIP unfairhandelbar, zu dem auch das Forum Umwelt & Entwicklung gehört, eine Petition gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada (CETA). Die Petition wird im Mai an die Kandidatinnen und Kandidaten für das EU-Parlament vor der anstehenden Europawahl übergeben.

Das Bündnis kritisiert die Intransparenz der Verhandlungen, die Sonderklagerechte für Investoren vor privaten Schiedsgerichten sowie die befürchtete Abschwächung von Arbeitnehmerrechten und Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Daher fordert die Petition einen sofortigen Abbruch der Verhandlungen und hält die Mitglieder des EU-Parlaments dazu an, sich ebenfalls für ein Ende der Verhandlungen einzusetzen.

Die Grünen haben das deutsche Mandat für die Verhandlungen mit den USA auf einer eigens zu diesem Zweck erstellten

Internetseite veröffentlicht. Sven Giegold, Spitzenkandidat der Grünen im EU-Parlament, begründete die Veröffentlichung wie folgt: „Der Schutz der Demokratie wiegt für mich schwerer als das Interesse der Kommission an ungestörten und verschwiegenen Hinterzimmerverhandlungen.“ [lr]

- ▶ www.ttip-unfairhandelbar.de/start/petition
- ▶ www.ttip-leak.eu/de/start.html
- ▶ www.kurzlink.de/eu-parl-ttip-pm

Soziale Verantwortung – CSR

Mehr Transparenz bei Unternehmen

■ EU-Parlament und Ministerrat haben sich im Februar auf Änderungen der existierenden Gesetzgebung zu Unternehmenstransparenz geeinigt. Dadurch soll die Transparenz großer Firmen in Sozial- und Umweltbelangen verbessert werden.

Betroffene Unternehmen müssen zukünftig Informationen zu Risiken und Ergebnissen offenlegen, die Auswirkungen auf die Umwelt, Sozialstandards, Beschäftigung, Anti-Korruption, Bestechung und Menschenrechte haben. Die neuen Regeln sollen wegen der damit verbundenen Kosten nur für große Gesellschaften mit mehr als 500 MitarbeiterInnen gelten. Die Offenlegung darf auf Konzernebene erfolgen und muss nicht von den zugehörigen Einzelunternehmen geleistet werden. Etwa 6.000 Unternehmen sind EU-weit davon betroffen.

Der DNR und die Deutsche Umweltstiftung begrüßten die Pläne der EU, eine verpflichtende Berichterstattung zur „Corporate Social Responsibility“ (CSR), also der sozialen Verantwortung, für Unternehmen einzuführen. Damit der Vorschlag rechtlich bindend wird, müssen Parlament und Ministerrat die Einigung noch absegnen. Die Abstimmung im Plenum des EU-Parlaments soll Mitte April erfolgen. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: STATEMENT/14/29)
- ▶ www.dnr.de/presse/presseinformation-12022014.html

„Ohne die Alten gelingt es nicht, das Land enkeltauglich zu machen“

Der Stellenwert von Umwelt- und Naturschutz würde steigen, wenn alle Bürgerinnen und Bürger wählen dürften, sobald sie wollen. Darüber hinaus könnte sich ein Zukunftsrat als Gewissen der künftigen Generationen in die Gesetzgebung einmischen, schlägt Wolfgang Gründinger vor.

Was sind Ihrer Meinung nach die drei wichtigsten Schritte, um zu einer wirklich generationengerechten Politik zu kommen?

Das fossil-atomare Energiesystem ist die größte Hypothek, die wir künftigen Generationen aufbürden. Daher ist die Energiewende das wichtigste Projekt für Generationengerechtigkeit. Zweitens müssen wir das herrschende Zwei-Generationen-Wahlrecht beiseitigen. Der undemokratische Zustand, dass junge Menschen unter 18 Jahren von der Mitsprache ausgeschlossen sind, ist nicht länger tragbar. Alle Bürger müssen dasselbe Wahlrecht haben, unabhängig von ihrem Alter. Drittens brauchen wir ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Bildung, Familien und Umwelt. Dieses können wir durch eine höhere Steuer auf große private Erbschaften finanzieren. Solch ein Generationen-Soli ist längst überfällig.

Welche Rolle spielt für Sie das Thema Ökologie im Zusammenhang mit Generationengerechtigkeit?

Die ökologische Frage ist zentral. Denn wenn unsere Kinder auf einem aufgeheizten und geplünderten Planeten leben müssen, dann helfen ihnen auch gefüllte Rentenkassen nichts. Die Abwendung gefährlicher Klimaveränderungen, ein verantwortungsvoller Umgang mit knappen Ressourcen und die Vermeidung risikoreicher Altlasten wie dem für Jahrmillionen toxischen Atommüll machen den Übergang zu erneuerbaren, sauberen Energien zu einem ethischen Gebot.

Was muss geschehen, damit Umweltpolitik auch in anderen gesellschaftlichen Feldern und Politikfeldern stärker an Bedeutung gewinnt?

Ein Wahlrecht auch für die junge Generation – das heißt: Jeder Bürger sollte wählen dürfen, sobald er will – würde den Stellenwert von Umwelt- und Naturschutz stärken, weil junge Menschen sich stärker für diese Themen einsetzen. Außerdem kann ich mir eine Art Zukunftsrat vorstellen: eine Kommission, die zur Hälfte aus jungen Bundestagsabgeordneten und zur Hälfte aus vom Bundespräsidenten ernannten

jungen Wissenschaftlern, Aktivisten und Unternehmern besetzt ist, und die sich als Gewissen der künftigen Generationen in das Gesetzgebungsverfahren einmischen könnte.

Welche Rolle spielt das Thema Wachstum für die Generationengerechtigkeit?

Unser alter Wachstumsbegriff, der sich allein am Bruttoinlandsprodukt orientiert, hat ausgedient. Das ist inzwischen eine Binsenweisheit, aber noch immer ist das nicht in allen Köpfen angekommen. Das Bruttoinlandsprodukt war nie dazu gedacht, den Wohlstand einer Gesellschaft wiederzugeben – sondern lediglich die mit Marktpreisen messbaren wirtschaftlichen Aktivitäten, nicht mehr, nicht weniger. Hinter dieser blanken Zahl können sich Rüstungsgeschäfte und Tabakanbau verbergen, oder auch Erdbeereis und Kinderwagen. Ich plädiere daher für ein selektives Wachstum: Wir müssen uns demokratisch entscheiden, welche Bereiche der Volkswirtschaft wachsen sollen – wie etwa die erneuerbaren Energien oder der ökologische Landbau – und welche eher schrumpfen sollen – wie die Kohleverbrennung.

Was fällt Ihnen ein, wenn Sie an die heute junge Generation denken?

Noch gehöre ich selbst dazu – aber nicht mehr lange. Wenn man jung ist, denkt man manchmal gar nicht daran, dass man selbst auch einmal alt wird. Die Lebenswelten verändern sich sehr rasant.

Welche Möglichkeiten und Spielräume hat diese Generation in Deutschland?

Wer es als Mensch unter 30 wagt, sich Gedanken über die Zukunft zu machen, dem schallt oft genug entgegen: Jammert doch nicht, euch geht es gut! Und es stimmt ja auch: Meine Generation ist in materiellem Wohlstand aufgewachsen. Ich musste nie hungern, hatte immer ein warmes Dach über dem Kopf, und Internet, seit ich 15 bin. Sogar der Arbeitsmarkt scheint es inzwischen ganz gut mit uns zu meinen, denn trotz Krise und prekärer Beschäftigung ist die Jugendar-

beitslosigkeit hierzulande bei Weitem nicht so gravierend wie in unseren europäischen Nachbarländern.

Welche Möglichkeiten nutzen sie tatsächlich?

Obwohl wir in Frieden und Wohlstand leben, erben wir keine schöne heile Welt. Wir spüren die Probleme nur noch nicht, die sich dafür umso massiver zusammenballen: Die Finanz- und Eurokrise hat den staatlichen Schuldenberg auf neue Rekordhöhen getrieben. Bereits die Bankenrettung kostete den deutschen Staat bisher rund 300 Milliarden. Irgendjemand muss das bezahlen: Allein die Zinsen kosten uns derzeit über 60 Milliarden Euro, Jahr für Jahr. Dieses Geld fehlt an anderer Stelle, um in die Zukunft zu investieren: bei der Kinderbetreuung, Bildung oder der Energiewende. Die öffentlichen Bildungsausgaben sind gerade wieder auf das Niveau der 1990er-Jahre gesunken. Dabei müsste der Staat doch umso mehr in die junge Generation investieren, denn sie muss die wachsenden Kosten für Pflege, Gesundheit und Renten in einer größer werdenden Rentengeneration tragen, zugleich mehr für sich selbst vorsorgen und nebenher die Zinslasten der staatlichen Schuldenberge bewältigen. Oft und gern sprechen wir darüber, was die Jungen den Alten schulden. In einer älter werdenden Gesellschaft müssen wir aber darüber reden, welche Verantwortung eigentlich die ältere Generation hat. Denn die Alten sind viele, sie haben Zeit, Geld und Wählerstimmen. Daher müssen wir miteinander reden – und auch miteinander streiten. Denn ohne die Alten als Bündnispartner werden wir es nicht schaffen, das Land enkeltauglich zu machen.

[Interview: Theresa Klostermeyer]

Wolfgang Gründinger ist Autor des Buches „Wir Zukunftssucher – Wie Deutschland enkeltauglich wird“ und Sprecher der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.

www.srzg.de

DNR INTERN

Europawahl 2014

Umweltpolitische Kernforderungen

■ Zusammen mit 19 Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen hat die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) vier umweltpolitische Kernforderungen an das kommende EU-Parlament gerichtet. Konkreten Handlungsbedarf sehen die Umweltorganisationen vor allem in der Klima- und Energiepolitik, der Agrarpolitik, dem Schutz biologischer Vielfalt und Ökosystemen sowie in der europäischen Freihandelspolitik. Die geplanten Handels- und Investitionspartnerschaften der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) lehnen die Organisationen ab.

Um einen Zusammenbruch des Emissionshandels und den Stillstand beim Energiesparen und den erneuerbaren Energien zu verhindern, fordern die Umweltorganisationen strengere Ziele für das Klima- und Energiepaket 2030 und den Emissionshandel. Bis 2030 sollte der CO₂-Ausstoß um mindestens 55 Prozent reduziert werden und der Anteil an erneuerbaren Energien im Stromnetz um 45 Prozent steigen.

Auch die Agrarwende bleibt ein wichtiges Thema für die Umweltschützer. Sie fordern den Umstieg auf die ökologisch geprägte Landwirtschaft und das Ende der Massentierhaltung in der EU. Auch international sollte die EU Verantwortung übernehmen und Kleinbauern in Entwicklungsländern unterstützen.

Außerdem müsste das Naturschutzrecht in den Mitgliedstaaten weiter vorangetrieben werden, um den Verlust der biologischen Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosysteme und Böden zu stoppen. Auch die EU-2020-Biodiversitätsstrategie müsse zügig und vollständig umgesetzt und der Bodenschutz vorangetrieben werden. [dh]

- www.eu-koordination.de/PDF/umweltpolitische_kernforderungen_europawahl2014.pdf

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

EuroNatur Stiftung

Im Jahr 1987 haben der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) gemeinsam die gemeinnützige EuroNatur-Stiftung gegründet. Das Hauptziel der Stiftung ist der Erhalt des europäischen Naturerbes. Allerdings spielen nicht nur der Naturschutz, sondern auch die ökologische Regionalentwicklung eine bedeutende Rolle bei der Arbeit der Stiftung. EuroNatur ist der Auffassung, dass ein langfristiger Schutz von natürlichen Ressourcen nur möglich ist, wenn die Bedürfnisse der Menschen in die Naturschutzmaßnahmen einbezogen werden. EuroNatur arbeitet international eng mit lokalen Partnerorganisationen sowie der Bevölkerung in den jeweiligen Projektgebieten zusammen. Ein Beispiel dafür ist die Initiative „Grünes Band Europa“ zum Schutz der Natur- und Kulturlandschaften entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Unter anderem trägt die Stiftung für den südlichsten Abschnitt die Verantwortung für das „Grüne Band Balkan“. [rm]

- EuroNatur Stiftung, Gabriel Schwaderer, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9272-0, Fax -22, E-Mail: info@euronatur.org, www.euronatur.org

EUROPARC

Europarc ist seit 1973 der Dachverband der Nationalen Naturlandschaften in Deutschland. Inzwischen zählt der Verband 71 Mitglieder, zum Beispiel verschiedene deutsche National- und Naturparks,

Biosphärenreservate oder andere Verbände wie BUND und NABU. EUROPARC ist Träger unterschiedlicher Projekte, zu denen beispielsweise die Inwertsetzung von Naturschutzmaßnahmen und die Evaluierung der deutschen Nationalparks gehören. Mit dem bundesweiten Projekt Junior-Ranger-Programm bietet der Verband ein Bildungs- und Freizeitangebot für Kinder. Auch ein Umweltpraktikum kann man in einem der 25 unterschiedlichen Nationalparks, Biosphärenreservaten und Naturparks absolvieren. [vw]

- EUROPARC Deutschland, Bettina Soethe, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 288 788-20, Fax -216, E-Mail: info@europarc-deutschland.de, www.europarc-deutschland.de

Faunistisch-ökologische Arbeitsgemeinschaft (FöAG)

Die Faunistisch-ökologische Arbeitsgemeinschaft (FöAG) ist ein gemeinnütziger Verein, der ökologische und naturschutzbezogene Forschungsprojekte fördert. Die FöAG publiziert außerdem wissenschaftliche Beiträge und Supplementhefte. Im Mittelpunkt steht die Arbeit an der Wirbellosenfauna. Auch Wirbeltiere – ausgenommen Vögel – sind Gegenstand von Untersuchungen. Die Arbeitsgemeinschaft ist an der Uni Kiel angesiedelt. In der AG arbeiten haupt- und nebenberuflich sowie ehrenamtlich in Wissenschaft und Naturschutz tätige Biologen. [vw]

- Faunistisch-ökologische Arbeitsgemeinschaft, Dr. Ulrich Irmeler, Kiel, E-Mail: uirmler@ecology.uni-kiel.de, www.oekotec.uni-kiel.de/foeag.htm

Nachhaltigkeit

Kinder als Zukunftsforscher

■ In Baden-Württemberg gibt es eine neue Kampagne zur Nachhaltigkeitsbildung. Das Programm der „Expedition Zukunft“ richtet sich an Grundschüler der 3. und 4. Klasse. Durch das Projekt sollen Kinder mehr über Nachhaltigkeit und Recycling lernen und sich mit der Zukunft der Kreislaufwirtschaft auseinandersetzen.

Bei einer vierstündigen Entdeckungstour durch den Wald wird das natürliche Kreislaufsystem des Waldes und der Wasserkreislauf unter die Lupe genommen. Zusammen mit ausgebildeten Pädagogen reden die Kinder über das Recyclingsystem der Menschen und über die Zukunft des Waldes. Das Programm ist Teil der Kampagne „Nachhaltigkeit lernen – Kinder gestalten Zukunft“. Interessierte Lehrerinnen und Lehrer an baden-württembergischen Schulen können sich ab sofort mit ihren Klassen anmelden und sich einen der Termine sichern. [lh]

► www.waldmobil.de/Seiten/Expedition_Zukunft

EHRENAMT

Bürgerschaftliches Engagement

Neuer Bundestagsausschuss

■ Mitte März hat die öffentliche konstituierende Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ stattgefunden, der im Februar vom Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages für die laufende Legislaturperiode eingesetzt worden ist. Ab

sofort stehen Informationen über die Arbeit des Unterausschusses (zum Beispiel Mitgliederliste, Tagesordnungen, Pressemitteilungen) auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages zur Verfügung. [mbu]

► Bundestagsausschuss Bürgerschaftliches Engagement, E-Mail: buergerschaftliches.engagement@bundestag.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

EMAS-Preisverleihung 2014

Kandidatenliste

■ Die deutschen Kandidaten für die EMAS-Preisverleihung am 7. April stehen fest. Die sechs Organisationen aus Industrie, Dienstleistung und dem öffentlichen Sektor werden für ihr Umweltengagement ausgezeichnet. Der Preis wird jedes Jahr verliehen – stets zu einem anderen Thema. In diesem Jahr ging es um „Umweltinnovation als Beitrag zur Verbesserung der Umweltleistung“.

Das Gemeinschaftssystem für das freiwillige Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) kontrolliert Unternehmen auf ihre Umweltleistung.

Dabei ist besonders wichtig, dass ein Unternehmen oder eine Organisation mehr tut als das, was gesetzlich vorgeschrieben ist. Seit 2005 ist der EMAS-Preis die beste und bekannteste Auszeichnung für Umweltmanagement. [lh]

► EMAS-Award 2014: www.emas.de/aktuelles/emas-award/emas-award-2014

Deutscher Bürgerpreis

Startschuss

■ Bis zum 30. Juni kann man für den Deutschen Bürgerpreis einen engagierten Menschen für die Kategorien „U21“, „Alltagshelden“, „Engagierte Unternehmer“ und „Lebenswerk“ vorschlagen. Gesucht werden Engagierte, die sich für gesellschaftliche Teilhabe, Toleranz und Akzeptanz einsetzen. Die Gewinner erhalten Geld- und Sachpreise für ihr ehrenamtliches Projekt. Träger des Preises ist die Initiative „für mich. für uns. für alle.“, die fachlich vom Bundesumweltministerium unterstützt wird. Kooperationspartner sind die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen bagfa, die Jugendzeitung weltbeweger und die Onlineplattform yaez. [mbu]

► www.deutscher-buergerpreis.de/home

Nachhaltigkeit

A-Z



M wie Moral

Buchmarkt, Talkshows, Selbstfindungskurse – das »gute Leben« boomt. Eine wichtige Rolle spielt dabei, wo sich der Mensch in der Natur verortet und welche ökologischen Tugenden seinem Handeln zugrunde liegen. Katrin Reuter zeigt am Beispiel der Artenvielfalt, dass rein materielle Argumente zum Schutz von Biodiversität nicht ausreichen, vielmehr braucht es dazu eine entsprechende Moral.

K. Reuter

Ökologische Tugenden und gutes Leben

Der Schutz der Biodiversität im Zeitalter von ökologischer Krise und nachhaltiger Entwicklung

272 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-491-3

Erhältlich bei

www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



TERMINE

APRIL

04.04., Nümbrecht (D)
**Regionalvermarktung
 und Kulturlandschaft**
 – bewährte und gute
 neue Wege. Tagung
 ▶ Natur- und

Umweltschutzakademie (NUA),
 www.nua.nrw.de/veranstaltungen/jahresprogramm

04.–05.04., Hofgeismar (D)

**Kommunale Energie- und Klimapolitik:
 Chancen und Grenzen.** 4. Hofgeismarer Forum für
 Umweltrecht und Umweltpolitik

▶ Evangelische Akademie Hofgeismar, Herwig
 Unnerstall, E-Mail: herwig.unnerstall@ekkw.de,
 www.akademie-hofgeismar.de

05.04., Berlin (D)

More than Honey. Filmvorführung und Diskussion

▶ Ökowerk Berlin, Dr. Hartwig Berger,
 Tel. +49 (0)30 / 3000050, E-Mail: info@oekowerk.de,
 www.oekowerk.de

05.–06.04., Aalen (D)

Energie- und Baumesse Aalen

▶ Nikolaus Leopold, E-Mail: leopold.nikolaus@
 messe.ag, Tel. +49 (0)8334 / 9882728,
 www.messeninfo.de/Energie-und-
 Baumesse-M12094/Aalen.html

08.04., Brüssel (B)

A better Europe now. Diskussion mit den
 SpitzenkandidatInnen zur Europawahl

▶ Spring Alliance, www.socialplatform.org/events/
 a-better-europe-now

08.04., Berlin (D)

**Strahlende Geschäfte – Das deutsch-brasilianische
 Atomabenteuer.** Diskussionsabend

▶ Heinrich Böll Stiftung, Julia Ziesche, Tel. +49
 (0)285 / 34327, E-Mail: ziesche@boell.de,
 calendar.boell.de/de/event/strahlende-geschaefte

08.–09.04., Hannover (D)

Leben in zukunftsfähigen Kommunen. Symposium

▶ Deutsche Messe, Tanja Gerhardt, Tel. +49 (0)511 /
 8931012, E-Mail: tanja.gerhardt@messe.de,
 www.kurzlink.de/sympos-komzuk14

17.04., Freyung-Grafenau (D)

Grünes Band Europa. Ausstellungseröffnung

▶ Bund Naturschutz in Bayern,
 Kreisgruppe Freyung-Grafenau, Dr. Peter Mayer,
 Tel. +49 (0) 8554 / 9429888,
 E-Mail: freyung-grafenau@bund-naturschutz,
 www.freyung-grafenau.bund-naturschutz.de

22.04., weltweit

Tag der Erde. Globaler Umweltaktionstag

▶ www.earthday.de

23.04., Hamburg (D)

Meere und Klima. Vortrag

▶ Greenpeace Hamburg, E-Mail: vortrag@
 greenpeace-hamburg.de, www.greenpeace-
 hamburg.de

25.04., Schneverdingen (D)

**Naturschutz ganz einfach: Refugien für
 Schmetterlinge, Waldbienen und Co. auf Balkon
 und Terrasse.** Seminar

▶ Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz,
 www.nna.niedersachsen.de/veranstaltungen/
 Naturschutz-ganz-einfach-119085.html

26.04., deutschlandweit

19. Tag der Erneuerbaren Energien

▶ www.energietag.de

26.04., deutschlandweit

**Internationaler Tag zur Abschaffung der
 Tierversuche.** Aktionstag mit Großdemonstrationen
 in München, Köln und Berlin

▶ www.tag-zur-abschaffung-der-tierversuche.de

29.–30.04., Wien (A)

**Re-source 2014 – Nachhaltiges
 Ressourcenmanagement.** Fachtagung

▶ www.re-source2014.at

30.04., weltweit

International Noise Awareness Day. Tag gegen Lärm

▶ www.tag-gegen-laerm.de

30.04., Hamburg (D)

Die Energiewende – oder: Der Plan. Vortrag

▶ Greenpeace Hamburg, E-Mail: vortrag@
 greenpeace-hamburg.de, www.greenpeace-
 hamburg.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell April 2014

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband
 der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände
 (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49
 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-
 munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,
 Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,
 www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwort-
 lich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, ver-
 antw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh],
 Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Men-
 sen [am], Lavinia Roveran [lr], **Redaktionelle Mitarbeit:**
 Valentina Voß [vv], Robert Multrus [rm], Sabine Spilles
 [ssp], Lis Hagedorn [lh], EU-Umweltbüro des Umwelt-
 dachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marien-
 str. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582,
 E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel
 Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG,
 D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White,
 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime
 Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen,
 Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail:
 oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München,
 Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von
 Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-
 tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
 nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Heraus-
 gebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-
 terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Ge-
 währ für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit
 der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.
 Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht
 mit denen der Förderer übereinstimmen.



Bildung für nachhaltige Entwicklung und Social Media

Nachhaltigkeit 2.0

Draußenlernen, Erlebnisorte an realen Natur- und Kulturstätten schaffen, Menschen ins Freie zu bringen und sie für einen nachhaltigen Umgang mit ihrer Umgebung zu sensibilisieren – auf den ersten Blick scheinen sich soziale Netzwerke und die Ziele der Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung diametral entgegenzustehen. Dabei ist die virtuelle Welt ein höchst nützliches Werkzeug, um diese Ziele zu erreichen.

□ Bildung war schon immer auch selbst organisierte, informelle Bildung. Heute findet sie oft in sozialen Netzwerken statt, die auf dem Grundgedanken basieren, Menschen mit ähnlichen Interessen über das Internet zu verbinden und mit diesen online zu kommunizieren. Das gilt sowohl für berufliche Netzwerke wie Xing als auch für private Netzwerke wie Facebook. Der Medienstudie von ARD und ZDF zufolge sind 77,2 Prozent der Deutschen ab 14 Jahren im Internet aktiv. 46 Prozent von ihnen nutzen private Netzwerke, 10 Prozent berufliche Netzwerke. Ein durchschnittlicher Nutzer verbringt 169 Minuten pro Tag im Internet, davon 54 Minuten in seinem Lieblingsnetzwerk. Bei den 14- bis 29-Jährigen sind es sogar 237 Minuten. Für die Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung ergeben sich daraus Erfolg versprechende Anknüpfungspunkte. Vor allem, da in den Umweltbildungseinrichtungen in den kommenden Jahren ein Generationenwechsel stattfindet. Die Digital Natives, also diejenigen, die mit dem Internet groß geworden sind, rücken in Führungspositionen vor. Eine große Chance, diese Kompetenz in die Bildungs- und PR-Arbeit der BNE einfließen zu lassen.

Bildungswerkzeuge

Beispielsweise in den Bereichen nachhaltige Kleidung und Upcycling findet sich schon jetzt eine Fülle von interessanten Webseiten. Mode ist für junge Erwachsene ein wichtiges Mittel zur Selbstdefinition und Statussymbol. Parolen wie „Kauf weniger“ stoßen ähnlich wie teurere fair produzierte Kleidung auf wenig Resonanz. Plattformen wie Kleiderkreisel.de bieten die Möglichkeit, eigene Kleidung gegen neue einzutauschen und verlangen darüber hinaus kommunikative Kompetenzen. Die

Erfahrung, scheinbar wertlose Sachen ressourcenschonend in begehrte Dinge umzutauschen, ist ein erster Schritt hin zum Umdenken in Richtung Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Abmilderung des Klimawandels.

Die Chancen sozialer Medien rückt „Der Umweltchecker“, eine grüne soziale Plattform für Kinder und Jugendliche, noch mehr in den Mittelpunkt. Sie bietet einen virtuellen Raum, um Bilder oder Videos zu grünen Themen hochzuladen und sich mit anderen auszutauschen. Die Ak-

THEMENHEFT SOCIAL MEDIA

tivitäten der Seite werden auch außerhalb des Netzes wahrgenommen. So gewann der Film „Hinter jedem Produkt ...“, der im Februar 2013 bei umweltchecker.de eingestellt wurde, den Jurypreis „kids & youth“ beim Kurzfilm-Contest für den Fairen Handel. Prinzipiell bietet die Veröffentlichung von Aktionen und Ideen auf sozialen Netzwerken die Chance, positiv wahrgenommen zu werden – gerade für anerkennungshungrige junge Erwachsene ein großer Anreiz, sich noch mehr zu engagieren.

Kampagnenwerkzeuge

Organisationen wie Greenpeace und Compact machen es schon lange vor: Soziale Netzwerke sind ein hervorragendes Instrument, um Informationen zu verbreiten und Sympathisanten zu mobilisieren, um in der realen Welt Veränderungen auf den Weg zu bringen. Für eine erfolgreiche Social-Media-Kampagne braucht es das zusätzliche Element einer Aktivität „draußen auf der Straße“, jedoch sind gerade für junge Menschen Online- und Offlinewelt bereits so

eng verflochten, dass eine klare Trennung nicht mehr existiert. Ein Computer, eine Kamera, ein Internetanschluss: Was viele Menschen in der Tasche spazieren tragen, genügt, um an die Weltöffentlichkeit zu treten.

Werbewerkzeuge

Inzwischen ist youtube die zweitgrößte Suchmaschine der Welt. Wer dort einen eigenen Channel hat und sich gut platzieren kann, erreicht mit vergleichsweise geringem Aufwand Tausende von Leuten. Äußerst beliebt sind zurzeit Erklärvideos. Hier könnte eine Bildungseinrichtung beispielsweise Methoden, Spiele oder eine Bauanleitung für ein Insektenhotel vorstellen. Ein gutes Beispiel für den Einsatz von Apps ist der Westentaschenranger. Neben der eigentlichen App erklären Nutzer auf youtube-Videos, was eine App eigentlich ist und wie man sie anwendet. BNE ist bereits relativ gut auf youtube vertreten, für die einzelnen Bildungseinrichtungen bleibt noch viel Handlungsspielraum.

So wichtig soziale Medien sind, um Präsenz zu zeigen, Aufmerksamkeit zu schaffen, Ziele durchzusetzen und den Kontakt mit Gleichgesinnten zu pflegen – sie sind nur ein Werkzeug. Wenn es die engagierten Menschen nicht mehr gibt, die die Webseiten mit Leben füllen, ist das Internet auf einmal nutzlos. Deswegen dürfen auch die 54 Prozent nicht vergessen werden, die derzeit nicht in sozialen Medien aktiv sind – auch wenn sie mittelfristig aussterben werden.

Saskia Helm, Lisa Hübner
ANU Bundesverband

- ▷ www.umweltchecker.net/checkers.net
- ▷ DBU-Newsletter 2/2014: Digitale Medien eröffnen neue Wege in die Umweltbildung

BLICKPUNKT

Facebook für Bildungsanbieter?

Kurz- und mittelfristigen Prognosen zufolge bleibt Facebook die meistgenutzte Internetseite im Bereich Social Media. Eine Kurzeinführung.

24,73 Millionen Menschen in Deutschland besitzen und nutzen private Netzwerke, 89 Prozent davon haben einen Facebook-Account. Immer mehr von ihnen nutzen dafür nicht nur ihren Computer, sondern empfangen Nachrichten und Neuigkeiten per App auf ihrem Smartphone oder einem anderen mobilen Endgerät. Der momentan unschlagbare Vorteil von Facebook ist die hohe Anzahl der bereits vernetzten NutzerInnen quer durch alle Alters- und Interessengruppen. Damit sich der Betrieb einer Seite für außerschulische BildungsanbieterInnen im Bereich BNE lohnt, müssen sowohl vorbereitend als auch im Arbeitsalltag verschiedene Punkte beachtet werden.

Ziele

Grundsätzlich ist zu klären, welche Ziele man als AnbieterIn mit einer Facebookseite verfolgt. Wen möchte man auf diesem Weg erreichen? Andere BildungsanbieterInnen, MultiplikatorInnen, interessierte Laien, mögliche KundInnen oder die Lernenden selbst? Außerdem müssen die Motive für die Einrichtung einer Seite definiert werden. Ökonomische Überlegungen rücken die Steigerung von Marktanteil, Umsatz oder Gewinn in den Fokus, psychografische Ziele die Steigerung von Bekanntheit verbunden mit einem positiven Image. Letztere sind Grundlage sowohl für ökonomische Ziele als auch für die Verbreitung nachhaltiger Ideen, Konzepte und Projekte. Gerade in sozialen Netzwerken vertrauen die NutzerInnen besonders ihren eigenen Bekannten und auch Organisationen mit positivem und seriösem Image. Als nächste Frage der Medienarchitektur ist zu klären, ob man eine Personenseite, eine Fanseite oder eine Gruppe anlegt. Alle Optionen haben ihre Vor- und Nachteile und können auch zu einem späteren Zeitpunkt noch miteinander kombiniert werden. Empfehlenswert ist es auf alle Fälle, mit einer Fanseite anzufangen. Personenseiten als Organisation zu nutzen wirkt unprofessionell, Gruppen sind eher für spezifischere Projekte einer Organisation gedacht.

Anfangen

Die Einrichtung einer Facebookseite nimmt einige Stunden in Anspruch. Neben Basisinformationen zur Organisation müssen Bilder, Logos, wichtige anstehende und eventuell auch vergangene Ereignisse eingestellt und AdministratorInnenrechte geklärt werden. Und dann geht es los wie bei jeder Veranstaltung, auf der alle anderen schon lange da sind und man selbst gerade erst dazukommt: Bekannte suchen, vorstellen, freundlich sein. In Bezug auf Facebook bedeutet das, möglichst viele bereits offline bekannte Organisationen, Unternehmen und Institutionen, die sich mit ähnlichen Themenfeldern beschäftigen, zu suchen und bei deren Seiten auf „gefällt mir“, den berühmten gehobenen Like-Daumen zu klicken. Damit nehmen die Anwesenden den Neuzugang zum ersten Mal zur Kenntnis. Parallel ist es hilfreich, auf den bisher üblichen Kommunikationskanälen wie Newslettern, Printveröffentlichungen oder auf Veranstaltungen auf das neue Onlinekommunikationsangebot der Organisation aufmerksam zu machen. So haben Privatpersonen und die Administratoren anderer Organisationen die Möglichkeit, die neu gegründete Facebookseite ihrerseits zu „ liken“ und so den

Schneeballprozess in Gang zu setzen, der weitreichende Aufmerksamkeit in diesem „Internet im Internet“ generiert.

Weitermachen

Wie viel Zeit die Pflege einer Facebook-Seite in Anspruch nimmt, hängt von der einzelnen Organisation ab. Oberstes Gebot ist: authentisch bleiben. Eine verhältnismäßig kleine Organisation mit relativ wenigen Mitarbeitern, die mehrere Male am Tag neue eigene Inhalte auf Facebook stellt, wirkt nicht echt. Eigene Informationen sollten dann veröffentlicht werden, wenn tatsächlich etwas passiert. In sozialen Netzwerken eignen sich dafür auch kleinere Ereignisse wie Bilder von Tagungen und Fortbildungen oder neue Materialien. Das Praktische an Facebook ist, dass man als Anbieter Inhalte nicht jeden Tag selbst erfinden muss. Um im Gedächtnis der NutzerInnen präsent zu sein, eignet sich auch die sogenannte passive Nutzung. Dazu gehört sowohl das Liken von Beiträgen anderer Nutzer oder das Teilen interessanter Beiträge auf der eigenen Seite. Es ist völlig legitim und erwünscht, Bilder, Links, Statusmeldungen und Videos anderer NutzerInnen zu teilen, die auch für die eigenen Fans interessant sein können. Umgekehrt entsteht mit dem Teilen der eigenen Beiträge durch andere wiederum eine erhöhte Wahrnehmung der eigenen Seite. Die höchste Aufmerksamkeit bekommen Beiträge zwischen 18 und 24 Uhr, da in dieser Zeit die meisten User online sind. Dialogfähigkeit und Responsivität, also die Bereitschaft, auf Anfragen und Beiträge der NutzerInnen zeitnah zu reagieren, sind für den weiteren Verlauf grundlegend. Facebook speichert personenbezogene Daten seiner NutzerInnen auf amerikanischen Servern, wo ein niedrigerer Datenschutzstandard als in Europa gilt. Datenschutzrechtlich bedenklich, aber dafür bietet die verhältnismäßig preiswerte Facebookwerbung die Möglichkeit, zielgerichtet und mit minimalen Streuverlusten Interessierte zu erreichen.

Risiken und Chancen

Wie jede öffentliche Präsentation hat auch Facebook als virtuelle Plattform Tücken. Ungepflegte Seiten, auf denen nur in großen zeitlichen Abständen neue Inhalte erscheinen, mangelnde Reaktion auf Nutzeranfragen, uninteressante Veröffentlichungen oder auch ein Überangebot an Inhalten können auf die NutzerInnen eine eher abschreckende Wirkung haben. Die meisten Fallstricke lassen sich jedoch mit etwas Übung und einem angemessenen zeitlichen Budget zur Pflege der Seite umgehen. Aus Sicht der Öffentlichkeitsarbeit eines Bildungsanbieters bleibt: Sofern Erfolgsfaktoren wie die Akzeptanz innerhalb der Organisation, Dialogbereitschaft, eine Social-Media-Strategie, die Einbindung in die Gesamtstrategie, und nicht zuletzt Geld und Personal vorhanden sind, überwiegen die Vorteile deutlich.

**Lisa Hübner,
ANU Bundesverband**

- ▷ www.umweltbildung.de/oekopaedNEWS
- ▷ www.recampaign.de
- ▷ www.ard-zdf-onlinestudie.de

GASTBEITRAG ANU BAYERN

Transformation von unten und das World Wide Web

Unter dem Motto „Vom Handeln zum Wissen“ fand am 13. März in München das Netzwerk-Treffen Umweltbildung von Ökoprotjekt MobilSpiel statt. Unter anderem berichteten vier junge ProtagonistInnen neuer Nachhaltigkeitssinitiativen, wie sie nachhaltige Lebensweisen erproben und gemeinsam mit anderen weiterentwickeln und verbreiten. Jede/r von ihnen hat seine Vision einer nachhaltigen, fairen Gesellschaft und gestaltet sie ganz konkret mit viel Lust und Begeisterung aus eigenem Engagement: Verena Hammes im „Idealistischen Salon“, Anja Heberle durch ihre KleiderTauschPartys, Ruth Heeren im ehrenamtlichen Vorstand der Jugendorganisation des Bund Naturschutz in Bayern und Daniel Überall mit seinem Kartoffelkombinat. Sie agieren gemeinsam mit anderen, die ähnlich denken, probieren sich und ihre Ideen aus und kommen so vom Handeln zum Wissen.

Im Laufe der Diskussion wurde die Frage gestellt: Wie kommunizieren sie ihre Ideen, wie gewinnen sie neue MitmacherInnen? Alle vier AktivistInnen sind vielfach vernetzt und nutzen je nach Zielsetzung unterschiedliche Medien. Für alle vier spielt Facebook eine herausragende Rolle bei der Information, Kommunikation und Vernetzung. Besonders wenn es darum geht, innerhalb einer Woche eine politische Aktion auf die Beine zu stellen, wie Ruth Heeren erzählt. Über Facebook sind alle über alles informiert und können – transparent für einander – die wichtigsten Infos einsehen und austauschen. Auf eine sehr aktuelle und gut gestaltete Website setzt Daniel Überall, um sein Kartoffelkombinat in der Weise wachsen zu lassen, wie es für diese Gemeinschaft zuträglich ist. Zu viel „Freunde“ kann das Kombinat, dem es schwerpunktmäßig um die gemeinsame Versorgung Münchner Haushalte mit regionalen Lebensmitteln geht, nicht verkraften. Ähnlich ist es bei Verena Hammes' Idealistischem Salon. Aus einer WG-Idee heraus entstanden, hat sich die Idee vom Küchentisch aus weiterentwickelt. 20 bis 50 Leute tauschen sich über Themen der Nachhaltigkeit wie Partizipation oder Utopien aus, die ihnen ein Anliegen sind. Die ganz persönliche, entspannte, aber ernsthafte und doch lustvoll engagierte Atmosphäre trägt den Kreis, der sich im WG-Wohnzimmer oder in der Kulturjurte München trifft. Auch hier laufen Infos und Einladungen über Facebook, allerdings nicht für alle offen und zusätzlich über einen E-Mailverteiler. Wenn alle 250 Facebookfreunde einer Einladung folgen würden, wäre der persönlich Rahmen, der einen intensiven und produktiven Austausch gewährleistet, schnell gesprengt und ein neues Format stünde an. Anja He-

berle nutzt Facebook, Internet, E-Mails und persönliche Netzwerke. Über Facebook kommen dann schon mal 600 Leute auf eine KleiderTauschParty – ein guter Erfolg!

So wichtig und entscheidend die sozialen Medien für Kommunikation, Information und Breitenwirkung sind, alle vier AktivistInnen betonen, dass es ohne persönliche Kontakte nicht geht. Die bilden trotz aller digitalen Vernetzung die Basis ihrer Aktivitäten. Aber wer das World Wide Web mit seinen vielen Möglichkeiten schlau und effizient zu nutzen versteht, kann trotz Studium, Arbeit und/oder Familie seine Visionen von einem nachhaltigen Leben gemeinsam mit anderen bewusst gestalten.

**Marion Loewenfeld
Ökoprotjekt MobilSpiel e.V.**

- ▷ www.facebook.com/KleiderTauschPartyAugsburg
- ▷ www.jbn.de
- ▷ www.kartoffelkombinat.de

ZUM THEMA

Buchtipps: Revolution 3.0

Digitale Rebellen

□ „Die neuen Rebellen und ihre digitalen Waffen“ lautet der Untertitel des von Matthias Bernold und Sandra Larriva Henaine im Xanthippe Verlag veröffentlichten Taschenbuches „Revolution 3.0“. Von Stuttgart 21 über „#unibrennt“ bis zur arabischen Revolution präsentieren die AutorInnen eine Auswahl politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich zur Durchsetzung ihrer Forderungen gekonnt des digitalen Werkzeugkoffers bedienen. Dabei setzen sich die AutorInnen auch kritisch mit Wirkung und Wirksamkeit der sozialen Medien als virtuellem Waffenarsenal auseinander. Das macht das Buch zu einer aufschlussreichen Hintergrundlektüre – auch für Akteure der Umweltbildung.

- ▷ Bernold, M.; Henaine, S.L.: Revolution 3.0. Die neuen Rebellen und ihre digitalen Waffen. Xanthippe Verlag, Zürich 2011, 162 S., 19,90 €, ISBN: 978-3-905795-1

Zahlen und Fakten zum web 2.0

Quo vadis, Social Media?

□ Mit dem Ist-Zustand und der Zukunft von sozialen Netzwerken und Facebook in Deutschland beschäftigt sich Frank Rapp in seinem Beitrag zur wissenschaftlichen Buchreihe „Praxis und Forschung im Dialog“. Abgesehen vom Glaskugellesen der virtuellen Zukunft bietet er eine fundierte Analyse der Historie und des Status quo der Nutzung sozialer Medien, erläutert verständlich begriffliche Grundlagen, Nutzungsmotive sowie Chancen und Risiken für Organisationen und Privatpersonen.

- ▷ Rapp, F.: Quo vadis Social Media. Zur Zukunft von sozialen Netzwerken und Facebook in Deutschland. Reinhold Krämer Verlag, Hamburg 2013, 156 S., 22,80 €, ISBN: 978-3-89622-115-5

Handbuch

Soziale Bewegungen und Social Media

□ Unter dem Kürzel „#sbsm“ läuft die fortwährende Arbeit an einem Handbuch über und für Engagierte, AktivistInnen und soziale Bewegungen. Es soll Erfahrungen, Anregungen und Tricks zur Kommunikation, Selbstverwaltung der Kommunikationskanäle, zur Nutzung des Netzes und von Social Media versammeln. Die Informationen aus dem Buch sind auch auf der Homepage des Projekts zu finden.

- ▷ www.sozialebewegungen.org

Digitale Bildungswege

Generation Facebook

□ Autor Daniel Boese trägt in seinem Buch „Wir sind jung und brauchen die Welt“ Hintergrundinformationen und Portraits der AktivistInnen zusammen. Zusammen mit der Beschreibung ihrer digitalen Organisationswerkzeuge schafft er ein schlüssiges Gesamtbild der jungen Wi-

derstandsbewegung gegen den Klimawandel. Herausgekommen ist ein interessantes Buch über virtuelle und lebensechte Routen abseits der klassischen Bildungswege.

- ▷ Boese, D.: *Wir sind jung und brauchen die Welt. Wie die Generation Facebook den Planeten rettet.* oekom Verlag, München 2011, 246 S., 14,95 €, ISBN-13: 978-3-86581-252-0 3-4

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bundesverband

Draußenlernen

□ „Draußenlernen für Nachhaltigkeit – ein Kurs zu Werten und Kompetenzen“, befasst sich mit deren Bedeutung für eine Nachhaltigkeitsbildung in der freien Natur. In Theorie und Praxis werden Erfahrungen dazu ausgetauscht, wie nachhaltigkeitsrelevante Werte und Kompetenzen in Lernerlebnisse einfließen können. Die Kursinhalte, die von ReferentInnen aus Großbritannien und Ungarn gestaltet werden, beruhen auf Erkenntnissen aus dem Real World Learning Network, an dessen Aufbau die ANU seit 2011 beteiligt ist. Der Kurs findet vom 14. bis zum 18. April im Draper's Field Centre in der Nähe des Nationalparks Snowdonia in Wales statt. Das Kursprogramm und weitere Informationen können per Mail bei Janet Jones angefordert werden.

- ▷ www.field-studies-council.org
- ▷ global@field-studies-council.org

WISSENSWERT

Internationale Sommeruniversität

Transmedia Storytelling

□ Transmedia Storytelling ist eine Methode, komplexe Themen wie Nachhaltigkeit und Klimaschutz verständlich zu kommunizieren und Menschen von Beobachtern zu Beteiligten zu machen. Mit

der Internationalen Sommeruniversität bietet das ClimateCultureCommunicationsLab (CCCLab) eine onlinegestützte Weiterbildung inklusive einer 14-tägigen Präsenzphase zu „Transmedia Storytelling: Kultur des Klimawandels – Kommunizieren für die Zukunft“ an. Die Weiterbildung richtet sich an alle, die sich beruflich oder ehrenamtlich mit der Kommunikation von Nachhaltiger Entwicklung und Klimawandel beschäftigen. Die Anmeldung ist bis zum 1. Mai 2014 möglich.

- ▷ www.ccclab.info/karnitz

Infografiken zur Nachhaltigkeit

Wissen in Bildern

□ Die Wochenzeitung DIE ZEIT hat 15 ausgewählte Grafiken der Serie „Wissen in Bildern“ zusammen mit der österreichischen Bildungsinitiative BAOBAB als Lehr- und Lernmaterial aufbereitet. Die farbigen Grafiken im A3-Format samt Broschüre mit Unterrichtsideen und einer CD-ROM mit den Grafiken und Lerneinheiten zum Ausdrucken sind für die Sekundarstufe I und II geeignet. Thematisiert werden grüne Gentechnik, der Wert des Menschen, Plastik, multinationale Lebensmittelkonzerne, Schokolade, Kaffee, Reis, CO₂-Emission, virtuelles Wasser, Glück, Wohlbefindensmessung, der Weltrisikoindex, Staatsausgaben, Schulden und private Gewinne, das Leben im Weltdorf und Essen im Müll.

- ▷ www.baobab.at/wissen-in-bildern

Jugendkongress Biodiversität 2014

JugendZukunftVielfalt

□ Engagierte Menschen von 18 bis 27 Jahren mit Ideen zu Nachhaltigkeit und Biodiversität können sich für den Jugendkongress der Deutschen Bundesstiftung Umwelt bewerben. Der Kongress dient dazu, Jugendliche stärker in Diskussion und Gestaltung der Nationalen Strategie

zur biologischen Vielfalt einzubinden und ihre Gestaltungskompetenz zu fördern. Der Kongress findet vom 18. bis 21. September im Naturerbe Zentrum Rügen statt, Bewerbungsschluss ist der 23. April.

- ▷ www.jugend-zukunft-vielfalt.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

15.–17.05. '14, Sommerhausen
„Nachhaltige Uni & Urbaner Campus“.
Studentische Konferenz.

Im Rahmen des Symposiums „Urbanity and Human Ecology“ der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie und dem Commonwealth Human Ecology Council findet die studentische Konferenz statt. Studierende präsentieren visionäre Ideen, ihre Universität nachhaltig zu gestalten.

- ▷ www.netzwerk-n.org/node/190

23.–29.06. '14, deutschlandweit

Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit

Privatpersonen, Vereine, Initiativen, Schulen, soziale Einrichtungen, Umweltverbände, Städte oder Ministerien – jeder kann sich mit einer frei gewählten Projektidee zur Nachhaltigkeit beteiligen.

- ▷ www.aktionstage-nachhaltigkeit.de

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber



Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oeuropaednews@anu.de;
Annette Dieckmann, dieckmannl@anu.de
ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de